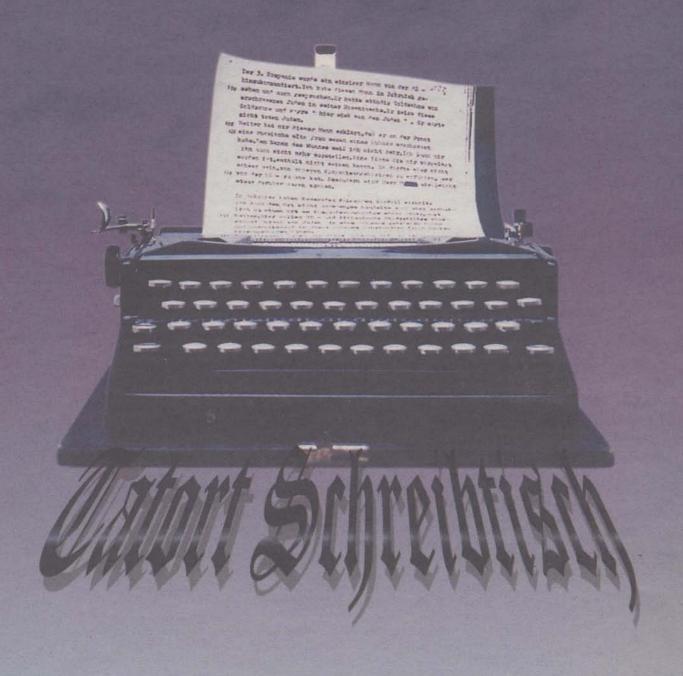
SHRRR

Münsters Monatsmagazin für Arbeit und Soziales April 2002



SEITE 6:

Der HOLOCAUST fand 'Im Auftrag' statt. Die Villa ten Hompel in Münster.



Liebe Leserin, lieber Leser!

BM bei AbM ??? Was ist das denn? So haben mich viele Bekannte gefragt, als ich ihnen erzählte, was ich seit kurzem mache. Nach Übersetzung der Abkürzungen in "Arbeitsbeschaffungsmaßnahme" bei "Arbeitslose brauchen Medien e.V." kam dann ein zaghaftes "Ach so", ohne daß sie sich wirklich etwas darunter vorstellen konnten. Also, was macht nun eine "ABM' beim "AbM', und wer ist das überhaupt?

Wie einige der geneigten Leser dieses Blattes sicherlich wissen, betreibt der Herausgeber dieser Zeitung, der Verein 'Arbeitslose brauchen Medien (AbM) e.V.', auch ein Arbeitslosenzentrum. Aufgrund personeller Engpässe war dieses in der letzten Zeit aber weniger aktiv als wir es uns gewünscht hätten. Um diesen Zustand zu ändern, beantragte der Verein beim Arbeitsamt die Finanzierung einer ABM-Stelle. Und hier bin ich also.

Wer ist ich? Mein Name ist Uwe Hampel-Pöhler, ich bin 43 Jahre alt, verheiratet und Vater von drei Kindern im Alter von vier bis sieben Jahren. Beruflich bin ich gelernter Diplom-Sozialarbeiter und habe vor allem in der Wohnungslosenhilfe gearbeitet. Hier habe ich so ziemlich alle Bereiche durch: ambylante Beratungsstelle mit Schwerpunkt Wohnungsvermittlung, Sozialhilfe- und Arbeitslosenberatung für Wohnungslose und davon Bedrohte, Heim für Wohnungslose mit gleichem Schwerpunkt, Verbandsfunktionär als Referent für Wohnungslosenhilfe beim Diakonischen Werk Westfalen und Geschäftsführer des Fachverbandes für Wohnungslosenhilfe. Nach meinem ausgedehnten Erziehungsurlaub war eine Rückkehr an meine letzte Dienststelle in Hamm nicht mehr möglich, weil sich Kinderbetreuung und Vollzeit-Schichtbetrieb nun mal nicht unter einen Hut bringen lassen. Also wurde ich arbeitslos und fand erst nach über einem Jahr die jetzige ABM beim 'AbM'. Aber genug von mir, viel spannender für die Leser ist sicherlich: Was tut sich denn nun in Zukunft in der Achtermannstraße im Arbeitslosenzentrum des 'AbM'?

Getreu dem Namen des Vereins wollen wir uns in einem Schwerpunkt auf die "Neuen Medien" stürzen. In konkreter Planung ist ein Internet-Kurs, mit dem der Internet-Führerschein des Arbeitsamtes erlangt werden kann. Eine Kostenübernahme der Teilnehmergebühren durch das Arbeitsamt ist unter Umständen möglich. Eine Broschüre mit dem Arbeitstitel "Bewerben im Internet" erscheint auch in Kürze. In der mittelfristigen Planung befindet sich ein "Office-Crashkurs" für berufliche Wiedereinsteiger/innen im Büro-Bereich und die Möglichkeit, sich auf der Homepage des Vereins als Arbeitsuchender vorzustellen. Abgerundet wird der Medienbereich durch einen Foto-Kurs und einen eventuell stattfindenden Theater-Workshop.

Ein zweiter Schwerpunkt der Arbeit soll der Offene Treff für Wiedereinsteiger/innen werden. Eingeladen sind alle Menschen, die nach einer längeren Pause wieder zurück in Arbeit wollen. Wir wollen uns austauschen und gegenseitig unterstützen. Der Verein steht hier mit allen seinen Möglichkeiten der Information und Kommunikation parat, außerdem gibt's auch noch ein Täßchen Kaffee und Klön-Schnack. Also vormerken: Treff für Wiedereinsteiger/innen: jeden Montag, 10.00 Uhr in den Räumen des 'AbM', Achtermannstraße 7, Kellergewölbe.

Aber jetzt genug der guten Vorsätze. Man sieht sich.

Leve Hampel. PAC Uwe Hampel-Pöhler SEITE

4 ZUM LEBEN ZU WENIG

Urlaub und Erreichbarkeit von Arbeitslosen Umzug und Erreichbarkeit bei Arbeitslosigkeit Vorläufige Entscheidung

6 VOR ORT

Der HOLOCAUST fand IM AUFTRAG statt. Geschichtsort Villa ten Hompel.

9 GASTBEITRAG

Guntram Schneider, Geschäftsführer der IG Metall in Münster: "Osmo" gerettet. Zufriedenheit kann nicht eintreten!

10 GEMEINSAM

Die Dresdner Konferenz der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen

■ 12 EINSPRUCH - STATTGEGEBEN

Alles, was Recht ist, und Anwalttip

14 ARBEITSAMT

Der lange Weg weg vom Behördenstatus

III 17 FRAUEN

Laute(r) Lesben II

18 ASYL IN MÜNSTER

Jeder ist ein Fremder. Fast überall. Die GGUA in Münster.

■ 22 ARBEITSLOSENHILFE

Alles bleibt anders!

23 DIES UND DAS

Ihre Meinung. Veranstaltungsreihe zur Globalisierung.





Kinderhauser Arbeitslosen Initiative e.V.

Beratung und Begleitung von Arbeitslosen und ihren Angehörigen

Ansprechpartnerin: Angela Vrbanec

dienstags 8.30 bis 12 Uhr
mittwochs 14.30 bis 17 Uhr
donnerstags 9.30 bis 11.30 Uhr
und nach Vereinbarung

26 36 89
Fax 26 52 96 07
Josef-Beckmann-Str. 5
48 159 Münster

KAI e.V. ist eine gemeinnützige Initiative im Stadtteil Kinderhaus, die umfassende soziale Begleitung und Beratung anbietet und dabei eng mit anderen Einrichtungen zusammenarbeitet.



IMPRESSUM

Herausgeber:

Arbeitslose brauchen Medien (AbM) e.V. Achtermannnstr. 7, 48143 Münster

Telefon: (0251) 511121

Telefax: (0251) 47914 E-Mail: sperre@muenster.de

abm@muenster.de

Internet: www.muenster.org/sperre

Redaktion:

Heiner König (hk), Ralf Tieck (tie), Arnold Voskamp (avo), Michael Weist (mic, v.i.S.d.P.)

Mitarbeit:

Wilhelm Achelpöhler, Anne Neugebauer, Stefan Rißmann (sr), Uli Wieners

Design, Layout, Satz: Ralf Vassholz, Michael Weist, Stefan Rißmann

Titel:

Ralf Vassholz (Gestaltung), Michael Weist (Foto)

Web-Design: Stefan Rißmann

Anzeigen, Spenden: Michael Weist

Bankverbindung/Spendenkonto: Sparkasse Münster BLZ 400 501 50, Kto. 4011797

Produktionsberatung: Navigator Ateliergemeinschaft Ulrich Ruhe Druck: Druckhaus Lensing

Auflage: 4.000

Bezug: per Versand zum Selbstkostenpreis / als Förderabonnement, Verteilung: kostenfrei an Auslagestellen im Innenstadtgebiet Münsters (neue InteressentInnen wenden sich bitte an den Herausgeber)

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Das Urheberrecht für Text- und Bildbeiträge liegt bei den Autorinnen und Autoren. Jedwede Nutzung, auch auszugsweiser Nachdruck, bedarf der Genehmigung. Leserbriefe an den Herausgeber. Wir freuen uns über jede Zuschrift. Anonyme Leserbriefe veröffentlichen wir nicht. Das Recht, zu kürzen, behalten wir uns vor.

Nächste Ausgabe (Mai 2002): 10. Mai 2002

Redaktionsschluß: 22. April 2002 Anzeigenredaktionsschluß: 26. April 2002

Urlaub und Erreichbarkeit von Arbeitslosen

Arbeitslose müssen praktisch im Briefkasten wohnen. Es gibt kein Arbeitslosengeld, wenn man zum Zeitpunkt des Posteingangs nicht an der Adresse ist, die man dem Arbeitsamt angegeben hat. Regelmäßig unterstützen die Gerichte diese Haltung der Arbeitsämter, oft schreiben sie ein strenges Vorgehen gegen die Arbeitslosen sogar vor. Arbeitslose sollten also gewarnt sein, nicht wegzufahren. Es sei denn, eine Ausnahmeregelung trifft zu.

Die wichtigste ist der Urlaub. Arbeitslose dürfen pro Kalenderjahr drei Wochen wegfahren, wenn das Arbeitsamt dem vorher zugestimmt hat. Dann gibt es drei Wochen lang weiter Arbeitslosenunterstützung, auch ohne erreichbar zu sein. Für eine längere Reise kann man bis zu drei Wochen ohne Zahlung vom Arbeitsamt dranhängen.

Wichtig ist die pünktliche Rückmeldung am vereinbarten Tag. Wer noch länger fahren will, muß sich vorher ganz abmelden.

Das Arbeitsamt soll dem Urlaubsantrag nicht zustimmen, wenn die Arbeitslosigkeit noch nicht lange andauert oder wenn der Urlaub einer sofortigen Vermittlung in Arbeit oder einer Weiterbildung im Wege steht. Umgekehrt muß das Arbeitsamt bei einer möglichen Ablehnung eines Urlaubsantrages auch die Belange des Arbeitslosen berücksichtigen. Also daß etwa der gemeinsame Familienurlaub sonst nicht möglich ist. Oder daß die schon lange gebuchte Reise sich nur unter großen Verlusten stornieren läßt. Weitere nicht immer ganz einfache Sonderregelungen sind geschaffen worden, damit die engen Anforderungen des Arbeitsamtes im Einzelfall entschärft werden.

Wie Beschäftigten steht auch Arbeitslosen eine Art Bildungsurlaub zu. Die Veranstaltung muß allerdings beim Arbeitsamt angemeldet und genehmigt sein, die Arbeitslosen müssen die Tagungsadresse hinterlegen und bei einem Arbeitsangebot unverzüglich zurückreisen. Wer ärztlich verordnet an einer Kur teilnehmen will, kann auch zu diesem Zweck mit Genehmigung des Arbeitsamtes verreisen.

Eine Regelung erleichtert einen befristeten Wechsel des Aufenthaltsortes im Nahbereich des Arbeitsamtes. Wer für eine gewisse Zeit nicht in seiner Wohnung erreichbar ist, sondern an einer anderen Adresse in der Nähe, kann dem Arbeitsamt diese Adresse melden. Er muß dann dort unter den gleichen Bedingungen erreichbar sein wie sonst in seiner Wohnung. Das macht zum Beispiel Sinn, wenn man während der Weltreise der Eltern nachts für die Oma in Recklinghausen da ist. In der Vergangenheit hätte man sich korrekterweise zum Arbeitsamt Recklinghausen ummelden müssen. Der Nahbereich dürfte der Bereich sein, in dem Arbeitsangebote zumutbar sind, also hin und zurück in zweieinhalb Stunden.

Umzug, Nachsendeantrag und Erreichbarkeit bei Arbeitslosigkeit

Drastisch reagiert das Arbeitsamt, wenn jemand umzieht und das Arbeitsamt davon verspätet erfährt oder wenn die Meldung im Arbeitsamt nicht richtig registriert worden ist. Auf den Briefen des Arbeitsamtes steht eine Nachricht für den Postboten: Nicht nachsenden, sondern mit neuer Adresse zurück zum Arbeitsamt. Wer also die neue Adresse nicht selbst dem Arbeitsamt mitgeteilt hat, den erreichen die Briefe des Arbeitsamtes nicht.

Ab dem Zeitpunkt des Umzugs hatte man nach bisheriger Rechtsprechung keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosengeld. Dies gilt auch für den Fall, daß man einen Nachsendeantrag bei der Post gestellt hatte. Denn man konnte trotzdem nicht am gleichen Tag auf eine Einladung oder ein Arbeitsangebot reagieren.



Die Bundesanstalt für Arbeit hat vor drei Jahren diese Praxis etwas entschärft. Zieht iemand innerhalb seines Wohnortes um oder in eine Nachbargemeinde, ohne sich beim Arbeitsamt korrekt zu melden, so gilt ein Rücklauf mit neuer Adresse als ausreichender Beleg für durchgehende Erreichbarkeit. Wer seinen Umzug innerhalb dieses Bereiches selbst meldet, aber nicht rechtzeitig, kann einer Unterbrechung der Zahlung entgehen, wenn er nachweist, daß rechtzeitig ein Nachsendeantrag gestellt war.

Bei einem nicht gemeldeten Umzug außerhalb dieses engen Bereiches treten jedoch weiterhin finanzielle Einbußen für den Arbeitslosen ein. Zieht man in den etwas weiteren Nahbereich, ohne sich beim Arbeitsamt umzumelden, und kommt jetzt ein Brief des Arbeitsamtes wegen eines Nachsendeantrags zurück, dann gilt dieser Rücklauf zwar als Umzugsmeldung. In der Zeit zwischen dem Umzug und dem Rücklauf besteht jedoch kein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Allerdings muß das alte Arbeitsamt bei einem Postrücklauf den Arbeitslosen unverzüglich darauf hinweisen.

Diese Änderung bei Nachsendeanträgen wird gerichtlich nicht immer akzeptiert. Deshalb sollte man einen Umzug in jedem Fall rechtzeitig melden - am besten mit Bestätigung des Arbeitsamtes, denn aufgrund häufiger Umorganisierung im Arbeitsamt ist manches Mal die Akte nicht zu finden, in die diese Meldung eingefügt werden muß. Da macht es sich gut, wenn man bei späteren Zweifeln an der ordnungsgemäß erfolgten Ummeldung eine Quittung des Arbeitsamtes hierüber oder einen sonstigen Beweis vorlegen kann.

Vorläufige Entscheidung

Die Arbeitsämter müssen ihre Vermittlungsstatistik überarbeiten, müssen vermehrt Sperrzeiten gegen angebliche Drückeberger verhängen. Sie müssen seit dem Jahreswechsel DM-Angaben in Euro umrechnen. Sie müssen für das Job-AQTIV-Gesetz ihre Vermittlungsarbeit mal wieder grundsätzlich umstellen. Und dazwischen müssen sie noch das ganz normale Geschäft von Arbeitslosmeldungen und Anträgen auf Arbeitslosengeld oder -hilfe erledigen. Und dies alles, während gleichzeitig die Arbeitslosenzahlen steigen und steigen. Da bleiben die Anträge eben länger auf dem Schreibtisch liegen.

Wer keinen Lohn mehr hat und nun nicht mal Arbeitslosenunterstützung erhält, steht dumm da, denn Miete oder andere laufende Kosten gehen weiter vom Konto ab. Auf Essen und Trinken wollen selbst bescheidene Arbeitslose nicht verzichten. Die Krankenkasse meldet nach einem Monat ohne Beiträge: Wir zahlen nun keine Behandlungskosten mehr. Spätestens jetzt werden fast alle Betroffenen nervös. Wer ein paar Rücklagen hat, braucht nicht zu hun-



gern und kann sich freiwillig bei seiner Krankenkasse versichern. Die Kasse zahlt alles zurück, sobald das Arbeitsamt rückwirkend das Arbeitslosengeld bewilligt. Selbst wenn das Arbeitsamt rückwirkend eine Sperrzeit verhängt, bekommt man die freiwilligen Versicherungsbeiträge zurück. Wer mit einer versicherungspflichtigen Partnerin verheiratet ist, hat es einfach: Er ist automatisch über sie krankenversichert.

Wer aber nicht so weit durchhält mit seinen Reserven, muß zum Arbeitsamt gehen und drängeln, daß das Geld nicht reicht für Miete, Strom und Wasser und Brot. Von solchen Anfragen und Beschwerden werden die auf Halde liegenden Anträge zwar nicht schneller abgearbeitet, der Einzelne kann jedoch Glück haben, daß sein Antrag den anderen vorgezogen wird. Wenn die Sachbearbeiterin im Arbeitsamt sich zu einer sofortigen Entscheidung nicht in der Lage sieht, gibt sie dem Arbeitslosen möglicherweise einen Brief für das Sozialamt mit. Darin steht geschrieben, daß der Betreffende arbeitslos ist und der Arbeitslosengeldantrag nicht sofort bearbeitet werden kann.

Das Sozialamt freut sich nicht über die neue Aufgabe, die es vom Arbeitsamt erhalten hat. Der Arbeitslose freut sich meist ebensowenig, möglicherweise bietet das Auto, eine Lebensversicherung, das Sparbuch der Tochter oder irgendein Familieneinkommen Anlaß zu Zweifeln an der Sozialhilfebedürftigkeit. Zwar gäbe es die Möglichkeit, Sozialhilfe als Darlehen zu erhalten. Viele scheuen aber diesen großen Aufwand um ein kleines Darlehen und versuchen auf andere Weise, irgendwie über die Runden zu kommen.

Eine wenig bekannte Regel kann jedoch helfen, das Arbeitsamt selbst zu einer vorläufigen Entscheidung und Auszahlung zu bewegen. Dazu braucht man kein Formblatt, man schreibt etwa so: "Ich habe alle meine Unterlagen schon vor mehreren Wochen abgegeben und werde auch wohl Arbeitslosenunterstützung erhalten. Eine Entscheidung läßt auf sich warten, die Verzögerung habe aber nicht ich verursacht. Ich habe keine Reserven und brauche dringend Geld für meinen laufenden Bedarf. Deshalb beantrage ich einen vorläufigen Bescheid."

Entweder bewilligt die Sachbearbeiterin nun vorläufig eine an die endgültige Leistung angenäherte Zahlung. Wenn man zuviel erhalten hat, muß man das später zurückzahlen. Oder aber sie zieht den Antrag jetzt vor und bearbeitet ihn gleich abschließend, dann hat sie ihn vom Tisch und muß später nicht nochmal rechnen. Dann muß jemand anders länger warten. Arbeitslosenpolitik ist seit zwanzig Jahren von Aktionismus geprägt. Das hat selten geholfen, in der Regel aber die Lage der Arbeitslosen verschärft.



Der HOLOCAUST

fand Im Auftre

rag statt.

Ein Geschichts- und Lernort in Münster: die Villa ten Hompel. Ein Zug, der durch die Nacht braust. Ich höre sein unermüdlich sich entfernendes Rattern. Er kommt irgendwoher. Er fährt irgendwohin. Auf schmutzigem Trottoir eine Gruppe fröstelnder Leute. Sie warten auf irgendetwas. Eine Frau hält ihren Hut fest, damit ihn der Wind nicht davonweht. Manche lächeln unsicher. Wilhelmine Süskind lächelt nicht. Aufmerksam blickt sie zu mir herüber. Gerade so, als sähe sie mich. Doch nein: Sie schaut um Haaresbreite an mir vorbei. Irgendwohin ...

Auch wenn es ein Schwarz-Weiß-Foto ist, das ich betrachte, weiß ich doch genau: Der Stern, der ihrem zerschlissenen Mantel an der Stelle anhaftet, unter der ihr Herz schlägt, war gelb.

ine Gründerzeit-Villa an Münsters Kaiser-Wilhelm-Ring. Roter Backstein, freundliche Sprossenfenster, grüne Fensterläden. Ein helles, würdevoll hinter weißen Säulen hervorschauendes Portal. Das Getöse der Straße hält sich der große Baumit ein paar Metern vornehmer Distanz vom Leib. Am Zugang eine schlichte Glastafel. Sie erklärt dem neugierigen Besucher, daß er auf einen "Geschichtsort" zugeht: auf die Villa ten Hompel. Nicht von ungefähr verharrt der Blick

auf dem als Logo gestalteten Namen dieses Ortes. Wie Typographen einer in die Jahre gekommenen Schreibma-

schine sperren sich die Majuskeln ,I' und ,A' - jede mit einem nachdrücklichen Punkt an ihrer Seite - gegen ein flüchtiges Darüberhinweglesen. Die Buchstaben stehen für "Im Auftrag". Im Auftrag des nationalsozialistischen Schrekkens- und Vernichtungsregimes nämlich organisierte die ,Ordnungspolizei für den Wehrkreis VI' (Rheinland und Westfalen), deren Schaltzentrale zwischen 1940 und 1945 in eben dieser Villa untergebracht war, nicht nur die ,Mobilisierung der Heimatfront', sondern auch die Deportation der hier lebenden Juden, Sinti und Roma in die Konzentrationslager. Daran erinnert der ,Geschichtsort' Villa ten Hompel unter dem Motto Erinnern, Forschen, Lernen' mit seiner Dauerausstellung und zahlreichen anderen interessanten Angeboten.

"Die Gegenwart ist doch nichts anderes als ein großer Haufen Geschichte unter unseren Füßen." Mit diesem griffigen Vergleich bringt Alfons Kenkmann, Geschäftsführer und wissenschaftlicher Leiter der Villa ten Hompel, die Philosophie, die der Konzeption des städtischen Geschichtsortes zugrundeliegt, auf den Punkt. Im Herbst 1998 hatte er seine Stelle als

Hochschulassistent im 'Institut für Didaktik der Geschichte' an der münsterschen Uni aufgegeben und

das Management des ehrgeizigen Projektes übernommen - im Handgepäck jede Menge Idealismus und die Gewißheit, daß eine so komplexe Gesellschaft wie die unsere eine zukunftweisende Orientierung bitter nötig hat. "Und diese Orientierung", so Kenkmann, "kann sie nur aus einem gewinnen: nämlich aus der Besinnung auf ihre Vergangenheit und den aus ihr abzuleitenden Gegenwarts- und Zukunftsentwürfen."

Winfried Nachtwei von den münsterschen Grünen hatte den Stein des Geschichts- und Forschungsprojektes schon Mitte der 90iger-Jahre ins Rollen gebracht, als er sich mit Recherchen zur Deportation westfälischer Juden durch die Nazis beschäftigte. In einem amtlichen Briefkopf aus der damaligen Zeit stieß er auf das Logo eben jener ,Ordnungspolizei für den Wehrkreis VI'. "Dieser Behörde", erläutert Alfons Kenkmann, "waren von der Schutzpolizei über die Feuerwehr bis hin zur Technischen Nothilfe gut und gerne zweihunderttausend Mann unterstellt." Klingt eigentlich ganz harmlos. Erstmal. Doch neben der politischen Meinungsbildung - der , Mobilisierung der Heimatfront' eben - und der Organisation des Luftschutzes oblagen der Ordnungspolizei noch ganz andere Jobs: "Sie war es", so Kenkmann, "die die Wach- und Begleitmannschaften für die Deportationszüge von Juden, Sinti und Roma in die Ghettos und Vernichtungslager stellte. Und aus ihren Reihen rekrutierten sich die Polizeibataillone, die maßgeblich an der Ermordung von 1,5 Millionen Juden im Osten beteiligt waren."

Wohlgemerkt: Alfons Kenkmann spricht hier nicht von der Vergasung von Abermillionen europäischen Juden in den Konzentrationslagern, sondern von zusätzlichen Massenerschießungen. Kenkmann nennt die Ordnungspolizisten deshalb auch das "Fußvolk der Endlösung". "Bisher", fährt er fort, "hat sich die Forschung zum Nationalsozialismus sehr auf dessen Führungsstrukturen, auf die SS, die

VOR ORT

"Die Gegenwart ist ein großer Haufen Geschichte unter unseren Füßen", meint Dr. Alfons Kenkmann, wissenschaftlicher Leiter der Villa ten Hompel. Foto: Weist

SA oder die Gestapo konzentriert. Doch auch die Verwaltungsinstanzen vor Ort - die Finanzbehörden zum Beispiel, die die wirtschaftliche Ausbeutung der Juden perfekt organisierten, oder die Arbeitsverwaltung, die die Juden zur Zwangsarbeit einsetzte, oder eben auch die Schutz- und Ordnungspolizei - haben, im Sinne des Systems versteht sich, ausgesprochen ,gut' funktioniert." Ganz ,normale' Leute -Menschen wie du und ich, die zufällig auf der .richtigen' Seite standen - haben, bewaffnet mit Stempeln oder eben mit Schlagstöcken und Gewehren, ,gut' funktioniert. "Es ist eine erschreckende Erkenntnis", unterstreicht Kenkmann, "daß Verwaltung und Polizei nicht etwa Sand, sondern Öl im Getriebe des Nazistaates waren." Ieder hatte seine fest umrissenen Teilaufgaben, jeder war ja nur ein Mosaikstein im großen Ganzen, jeder konnte sich also wunderbar von der Gesamtverantwortung freisprechen. Das gilt natürlich auch für die Zeit nach 1945. Wie sagte doch der gnadenlose Nazi-Richter und spätere Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Filbinger: "Was einmal Recht war, kann doch heute nicht Unrecht sein" ...

"Die Mechanismen", so Kenkmann, "die die bedingungslose Unterordnung der Menschen unter das System und das kollektive Wegschieben von Verantwortung erst möglich machten, wollen wir mit unseren Forschungsund Ausstellungsangeboten aufdekken." Als da wären:

- · die multimediale Dauerausstellung ,Im Auftrag. Polizei, Verwaltung und Verantwortung' informiert angemeldete Gruppen - beispielsweise Polizeischüler oder Verwaltungsbeamte - sowie interessierte Einzelpersonen über die ebenso banalen wie perfiden Mechanismen des Naziterrors, in denen der ,Tatort Schreibtisch' seinen festen Platz hatte,
- · die bis ins Jahr 2004 ausgebuchte Wanderausstellung, Verfolgung und Verwaltung. Die wirtschaftliche Ausplünderung der Juden und die westfälischen Finanzbehörden' veranschaulicht, wie sich die Finanzverwaltung in das System einspannen ließ, indem

sie dessen Gesetze buchstabengenau vollstreckte und so - ganz ,legal' - die Vermögen der Juden für den Staat konfiszierte,

- · das in Kooperation mit dem Franz-Hitze-Haus aufgelegte Fahrtenprogramm zu den Gedenkstätten Bergen-Belsen und Buchenwald.
- · der mit zahlreichen Hintergrundinformationen und Anschauungsmaterialien bestückte 'Geschichtskoffer', den Pädagogen in Schule und Erwachsenenbildung für ihren Unterricht entleihen können.
- · das Stipendiatenprogramm, Polizei, Verwaltung und Erinnerungskultur', in dessen Rahmen Forschungsprojekte gefördert werden,
- · verschiedene Fortbildungsangebote, die sich an Schullehrer und an Pädagogen in der Erwachsenenbildung richten,
- · die Präsenzbibliothek, der Multimediaraum, mit PC's ausgestattete Einzelarbeitsplätze sowie Vortrags- und Seminarräume stehen für Forschungszwecke oder für Gruppenprojekte zur Verfügung.

Und, und, und. Alfons Kenkmann legt allerdings großen Wert auf die Feststellung, daß sich die Angebote der Villa ten Hompel keineswegs in rückwärtsgewandten Schuldzuweisungen an frühere Generationen erschöpfen. Ihm geht es, ganz im Gegenteil, um die Prävention: "Unter unserem Motto, Erinnern, Forschen, Lernen' wollen wir gerade die jun-

gen Leute und die Meinungsführer von heute für diejenigen gesellschaftlichen Me-

chanismen sensibilisieren, die die Entstehung eines Unrechtsregimes, wie es der Nationalsozialismus war, zwingend voraussetzte und die umgekehrt sehr wirkungsvoll für dessen Stabilisierung gesorgt haben." Nicht zuletzt deshalb ist Kenkmann sehr froh darüber, daß die im Hause angebotenen Seminare zum Thema ,Rechtsextremismus' inzwischen integrativer Be-

Villa ten Hompel.

standteil polizeiinterner Fortbildungsmaßnahmen sind. Daß NRW-Innenminister Fritz Behrens bei seinem Antrittsbesuch, den er jüngst der Villa ten Hompel abstattete, als Gastgeschenk die Finanzierung einer zusätzlichen Personalstelle für die Polizei-Ausbildung mitbrachte, ist da natürlich ein besonders schönes Tüpfelchen auf dem i.

Und noch eins liegt Alfons Kenkmann am Herzen: "Von 1953 bis 1968 war hier in der Villa das Dezernat, Wiedergutmachung für politisch, rassisch und religiös Verfolgte' des münsterschen Regierungspräsidenten zuhause." Insgesamt 12.000 Anträge auf Wiedergutmachung



wurden hier bearbeitet. Auch wenn ein Monat Konzentrationslager mit lächerlichen 150,- Mark entgolten wurde, auch wenn Sinti, Roma und Zwangssterilisierte völlig leer ausgingen, sieht Alfons Kenkmann in der Unterbringung der Wiedergutmachungsbehörde in der Villa ten Hompel immerhin eine für Deutschland einmalige Verschränkung von Täter- und Wiedergutmachungsort: "Jetzt kamen die Opfer in das Haus, in dem zuvor die Täter gesessen hatten."

Eines dieser Opfer war der Münsteraner Paul Wulf. 1938 hatte man ihn aufgrund der Diagnose, Angeborener Schwachsinn' zwangssterilisiert. Also erhielt auch er zunächst einen ablehnenden Wiedergutmachungsbescheid. Doch Paul Wulf ließ sich nicht mit bürokratischen Argumenten abspeisen. Er forschte nach 1945 intensiv zu seiner eigenen Geschichte und kämpfte hartnäckig um eine Entschädigung für das ihm angetane Unrecht. Erst als Ende der 80iger-Jahre die rechtlichen Grundlagen der Wiedergutmachung

geändert worden waren, erhielt er aus einem Härtefonds 5.000,- Mark. 5.000,- Mark für ein zerstörtes, seiner Perspektiven brutal beraubtes Leben! Nachdenklich stehe ich vor der keit der Nachlaßverwaltung und -dokumentation für die wissenschaftliche Aufarbeitung des Naziterrors: "Wir sind ständig auf der Suche nach Quellen aus dem Nachlaß verstorbener Zeitzeugen." Das können Fotos sein oder Briefe, amtliche Dokumente, Tagebücher oder auch Gegenstände des alltäglichen Lebens.

Und dann ist da noch dieser Zug, der irgendwo ganz in der Nähe und doch so fern von mir durch irgendeine längst vergangene Nacht rattert. Dann ist da dieses Foto an der Schautafel. Diese zusammengewürfelte Gruppe ängstlich irgendetwas erwartender

> Menschen. Dieses aufmerksam irgendwohin blikkende Gesicht von dieser Frau, deren Name Wilhelmine Süskind war. Dieser Stern, ja, der da am Mantel, der, wie ich genau weiß, gelb gewesen ist.

Den Zug, der damals grausam wirklich war, der nach Auschwitz fuhr, nach Bergen-Belsen oder nach Theresienstadt, diesen Zug imaginieren heute in der Villa ten Hompel Lautsprecher. Die sind in einem winzigen, durch einen schweren Vorhang geschlossenen und fast vollkommen abgedunkelten Raum installiert. Die Assoziation, daß hier und jetzt Menschen in Viehwaggons abtransportiert werden, lastet im von Lichtblitzen zerrissenen Dunkel. Fast alle der Coesfelder Juden, die verunsichert aus dem Foto herausschauen, sind im Holocaust umgekommmen. Wilhelmine Süskind hat ihn überlebt. Was sie zu berichten, in welche Abgründe sie geschaut und was für Verzweiflungen sie jahrzehntelang mit sich herumgetragen hatte; aber auch, was von ihren Hoffnungen trotz alledem übriggeblieben war - das zeigt ein Videofilm, der im Archiv der Villa ten Hompel bereitliegt. Zu hoffen bleibt, daß sich viele Menschen diesen Film, diese Geschichte eines vergewaltigten Lebens anschauen. Denn das Vergangene ist nicht tot. Es bleibt. Am Leben.



Paul Wulf, der von den Nazis zwangssterilisiert worden war, kämpfte zeitlebens für die Rechte der Opfer.

Rechts unten: Deutsche Polizisten erschießen während des Krieges einen Menschen.

Fotos: Ausstellung, Weist

Schauwand, die von den Stationen seines Kampfes um Gerechtigkeit erzählt. Jetzt erinnere ich mich: Ich kenne den Mann, der da vor einer Ausstellungstafel zum Thema ,Leben im Dritten Reich' abgelichtet ist. Früher bin ich ihm des öfteren irgendwo in Münster über den Weg gelaufen - nicht ahnend, welches schwere Schicksal ihm auf der Seele lag. Vor drei Jahren ist Paul Wulf gestorben. Die Villa ten Hompel verwahrt seinen Nachlaß. Al-

fons Kenkmann weiß um die Wichtig-

Coesfelder Juden unmittelbar vor ihrer Deportation ins Konzentrationslager

Holocaust. Foto: Stadtarchiv Coesfeld, Anton Walterbusch

Geschichtsort Villa ten Hompel Kaiser-Wilhelm-Ring 28 48145 Münster Fon: 0251 - 492-7048 Fax: 0251 - 492-7918 Mail: tenhomp@stadt-muenster.de





Osmo' gerettet. Zufriedenheit kann nicht eintreten!

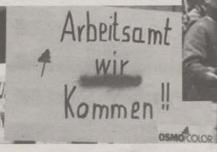
ie Firma ,Ostermann und Scheiwe' (Osmo) in Münster, die sich seit geraumer Zeit in Insolvenz befindet, konnte nach insgesamt vier Anläufen in ihrer Substanz gerettet werden. Nachdem das Ausgehen aller Lichter drohte, gelang es dem Insolvenzverwalter in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem ,Osmo'-Betriebsrat, der IG-Metall und der Stadt Münster wirklich fünf Minuten nach zwölf, einen Investor zu finden, der am Standort Münster festhält. Dort werden zukünftig etwa 150 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt sein. Fast 300 Kolleginnen und Kollegen werden ihren Arbeitsplatz verlieren. Ein beträchtlicher Teil wird im Großraum Münster in absehbarer Zeit keine adäquate Beschäftigung finden. Eine Transfergesellschaft bietet denjenigen, die vom Investor nicht übernommen werden, die Chance, fünf Mo-

nate eine berufliche Neuorientierung vorzunehmen. Qualifizierungsmaßmahmen werden in dieser Transfergesellschaft ebenso angeboten wie Trainingsprogramme, um Vorstellungsgespräche optimal vorzubereiJahre auf, endlich die Sanierung des Unternehmens in Angriff zu nehmen. Die Mißwirtschaft hat in den letzten Jahren viele Millionen Euro gekostet. Und dies, obwohl das Unternehmen "Osmo" in seiner Substanz rentabel gestaltet werden kann. Zu hoffen bleibt nur, daß der neue Investor, Bernhard Cordes aus Warendorf, die münstersche Tra-

ditionsfirma in eine sichere Zukunft führt und damit auch Arbeitsplätze sichert.



Zweimal ging die "Osmo"-Belegschaft für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze auf die Straße. Ein Kaleidoskop aus Ohnmacht, Wut und Trauer, fotografiert von Michael Weist.



ten oder Bewerbungsunterlagen erfolgversprechend gestalten zu

können. Die Geschichte von 'Osmo' seit Beantragung der Insolvenz gleicht einem Krimi. Die Ursachen für die Pleite liegen nach übereinstimmender Auffassung aller Beobachter und Insider im ebenso unfähigen wie hilflosen Verhalten des Gesellschafters Peter Scheiwe. Scheiwe herrschte in 'seinem' Unternehmen wie ein Fürst. Viele Hinweise aus dem mittleren Management, die darauf hinausliefen, Verluste abzubauen, neue Technologien einzuführen und bei der Produktionsentwicklung mehr zu investieren, blieben ungehört. Auch die Banken forderten Scheiwe über viele

FEUERWEHR
Wenn's in Munster brennt
kommt die
OSMO/
WERKFEUERWEHR
Wer kommt wenn's bei
OSMO BRENNT?

Dresdner Konferenz des Runden Tisches der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen



Hände weg von der Arbeitslosenhilfe! Arbeit und Einkommen gerecht verteilen! Soziale Rechte und Demokratie sichern!

Die "Arbeitsmarktpolitik" der jetzigen wie der vorangegangenen Bundesregierungen ist gescheitert. Trotz immer wieder neuer Anläufe, Erwerbslose in schlecht bezahlte und ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse zu drängen, hat die Zahl der offiziell registrierten Erwerbslosen in diesem Winter die Vier-Millionen-Grenze erneut überschritten. Tatsächlich fehlen nach Schätzungen der Gewerkschaften über sechs Millionen Arbeitsplätze in Deutschland. Nach minimalen anfänglichen Verbesserungen hat die Regierung Schröder an die Politik der Regierung Kohl angeknüpft und ihre Gangart verschärft. Das Schröder-Blair-Papier war das Signal für eine kompromißlos neoliberale Ausrichtung. Die Bundesregierung begnügt sich nicht mehr mit einzelnen Einschnitten ins soziale Netz und Leistungskürzungen. Sie ist dabei, den deutschen Sozialstaat zur Disposition zu stellen.

Mit diesem Fazit der politischen Lage beginnt die Erklärung der *Dresdner Konferenz*. Drei Jahre nach der ersten Versammlung der Initiativen, die sich zum 'Runden Tisch der Erwerbslosen-Organisationen und Sozialhilfe-Initiativen' zusammengeschlossen haben, zogen die Teilnehmenden allerdings auch eine positive Bilanz. Die Diskussionen brachten endlich wieder eine Aufbruchstimmung zum Ausdruck.

Kritisch beleuchtet wurden in den Arbeitsgruppen unter anderem der Einstieg in die Teilprivatisierung der Rentenversicherung mit Renteneinbußen insbesondere für Langzeiterwerbslose (monatlicher Verlust an Rentenanspruch von bis zu zwei Dritteln!); die Beibehaltung der jährlichen dreiprozentigen Kürzung der Arbeitslosenhilfe; die flächendeckende Einführung von Kombilohn (Mainzer Modell), obwohl die laufenden Modellversuche seine Tauglichkeit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Frage stellen; das Job-AQTIV-Gesetz, das verstärkt auf Leiharbeitsfirmen zurückgreift, die befristete Arbeitsplätze im Durchschnitt zu einem um ein Drittel geringeren Lohn anbieten.

Was wir wollen

Ob erwerbslos, Sozialhilfe beziehend, abhängig beschäftigt, Auszubildende, obdachlos oder Asylbewerber/in - wir sitzen alle in einem Boot. Gegen einen globalen Angriff hilft nur ein gemeinsames globales Gegenkonzept. Wir, der

"Runde Tisch der Erwerbslosen und Sozialhilfebeziehenden". bieten den Gewerkschaften, den Beschäftigten auf den Arbeits- und Sozialämtern, den Initiativen der Obdachlosen und Flüchtlinge, den Wohlfahrtsverbänden und Kirchen, den Jugendlichen und Auszubildenden, der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung und allen Menschen, die mit uns gemeinsam Erwerbslosigkeit und Armut bekämpfen wollen, an, über ein Gegenkonzept zu diskutieren, das auf Solidarität statt Konkurrenz basiert. Daraus wollen wir gemeinsame Handlungsperspektiven gewinnen. Wir wollen isolierte Abwehrkämpfe gegen Lohn- und Sozialraub überwinden und einen öffentlichen Diskurs über mögliche Alternativen anstoßen. Wir lassen uns von der Losung leiten, die über dem Weltsozialforum in Porto Alegre stand: ,Eine andere Welt ist möglich'. Es liegt an uns, sie zu definieren und zu erstreiten.

- Die Konferenz beschloß im Konsens unter anderem Forderungen nach
- Rücknahme von Leistungskürzungen, die Erwerbslose und Sozialhilfebeziehende in Armut drängen,
- existenzsichernden und armutsfesten Arbeitsplätzen entsprechend der Qualifikation zur Gestaltung eines menschenwürdigen, selbstbestimmten Lebens,
- einer bedarfsorientierten Grundsicherung für alle, die keinen existenzsichernden Arbeitsplatz haben, in Höhe von 800 Euro plus Warmmiete,
- Anerkennung und nötigenfalls Entlohnung gesellschaftlich notwendiger Arbeit in den Bereichen Hilfe zur Selbst-

hilfe, Arbeitslosigkeit und Armut, Familienarbeit, Pflege, Kindererziehung und Nachbarschaftshilfe, Kultur und Politik.

 Ausbau und öffentlicher Förderung gemeinwohlorientierter Arbeitsplätze und der staatlichen Unterstützung für soziale und Beschäftigungsprojekte.

Was tun

"Wenn ich die Arbeitslosigkeit in meiner Amtszeit nicht auf die Hälfte reduzieren kann, verdiene ich nicht, wiedergewählt zu werden", hat Bundeskanzler Schröder vor vier Jahren verkündet. Das sehen wir genauso. Wir sehen auch, daß die konservative und liberale Opposition, die jetzt auf seinem Scheitern versucht, ihr Wahlsüppchen zu kochen, keine anderen Rezepte vorzuweisen hat, sondern nur solche, die mehr Repression und Abbau sozialer und demokratischer Rechte beinhalten. Scheinbar gibt es keine Alternative. Eine Regierung, die sich nicht dem Terror der Ökonomie beugen würde, ist derzeit nicht in Sicht. Die Gesellschaft wird dadurch gelähmt. Wir haben nur einen Auswea: Wir müssen selber die Phantasie und den Mut entwikkeln, Alternativen zu entwerfen. Gesellschaftlicher Druck, Protest und Solidarität von unten vermögen mehr, als viele von uns glauben - Seattle und Genua stehen dafür. Der Ruf: "Aufstehen für eine andere Politik" ist nach wie vor aktuell. Es braucht wieder soziale Bewegung in Deutschland.

Mit dem Aufruf zu einem gesellschaftlichen Bündnis für Arbeit, Einkommen und Menschenwürde beschloß die Konferenz eine bundesweite Kampagne für den Erhalt der Arbeitslosenhilfe. Dieses Bündnis soll sichtbar werden in dem bundesweiten und zentralen Aktionstag am 14. September, zu dem Attac und die DGB-Jugend einladen. Es soll sich einbringen in das Europäische Sozialforum Ende des Jahres in Italien, um daraus auch in Deutschland ein gesellschaftliches Forum zu entwickeln, das neue Energien für Widerstand und Alternativen freisetzt.

Abschließend wurde folgender Stufenplan beschlossen:

- Heraus zum 1.Mai!
- Zentrale Protestaktion anläßlich des DGB-Bundeskongresses in Berlin, 27. bis 31.Mai.
- Bundesweiter dezentraler Aktionstag aller Erwerbslosen und Sozialhilfeinitiativen (der Termin wird noch festgelegt).
- Beteiligung am und aktive Mitgestaltung des zentralen Aktionstages in Köln am 14. September.

Am ,Runden Tisch der Erwerbslosenorganisationen und Sozialhilfeinitiativen' arbeiten mit:

- · der Arbeitslosenverband Deutschland (ALV),
- die Bundesarbeitsgemeinschaft der unabhängigen Erwerbslosenorganisationen (BAG-E),
- die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG SHI),
- die Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung,
- die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen
- · die Landeskoordinationen der Erwerbslosengruppen.

Erwerbslos - Was tun?!

Dieter Kübbeler liest aus seinem Buch

"An die Arbeit"

über Arbeitsplatzverlust und Neuorientierung.

Pfarrzentrum St. Ida, Anton-Knubel-Weg 45, Münster-Gremmendorf

Donnerstag, 18. April 2002, 20 Uhr



Sozialhilfeberatung im cuba

Achtermannstraße 10–12 48143 Münster Telefon 5 88 56

> Beratungszeiten Di.-Fr. 9-12 Uhr Do. 15-17 Uhr

Beratung für Schwangere und Alleinerziehende Do. 10–12 Uhr

> Sozialhilfe-Sorgentelefon Mo. 15-17 Uhr Telefon 43544

Michael Topp Paul Demel Rechtsanwälte

Bahnhofstraße 5 · 48143 Münster Telefon 0251/4140505 · Fax 0251/4140506

■ ALLES, WAS RECHTIST■

Beschäftigungsverbote wegen Mutterschutz und Arbeitslosengeld

Hat eine Arbeitnehmerin von Vollzeit- auf Teilzeitarbeit gewechselt, dann kann sie bei späterer Arbeitslosigkeit dennoch ein Arbeitslosengeld nach Vollzeiteinkommen erhalten, wenn sie mindestens sechs Monate am Stück in Vollzeit gearbeitet hatte. Wenn die vollzeitige Beschäftigung in eine Mutterschutzzeit überging, dann muß die Mutterschutzzeit zu der Dauer der Vollzeitbeschäftigung dazugerechnet werden.

SG Darmstadt, S 11 AL 1205/00 vom 23.5.01, nach info also 1/2002

Mutterschutz und Verlust des Arbeitslosengeldanspruches nach vier Jahren

Vier Jahre nach dem erstmaligen Antrag auf Arbeitslosengeld kann ein eventueller Restanspruch nicht mehr geltend gemacht werden. Hat eine Arbeitslose jedoch vor Ablauf der Vierjahresfrist einen Antrag gestellt und für eine gewisse Zeit Arbeitslosengeld erhalten, dann gilt eine Unterbrechung über die Vier-Jahresgrenze hinweg nicht als schädlich, wenn die alleinige Ursache das Beschäftigungsverbot in der Mutterschutzfrist ist und wenn sich die Frau rechtzeitig vor Ablauf des Kündigungsschutzes zurückgemeldet hat. Der Arbeitslosengeld-Antrag von vor dem Mutterschutz gilt dann fort in der Zeit danach.

SG Münster, S 15 AL 51/99 vom 22.6.01, nach info also 1/2002

Mutterschaftsgeld und Arbeitslosengeldanspruch

Das Bundessozialgericht hält es nicht für verfassungskonform, wenn die Mutterschutzzeit keine Anwartschaft zum Arbeitslosengeld begründet. Vergleichsweise gilt Krankheit mit Bezug von Krankengeld als Arbeitslosenversicherungszeit,. Sie kann demnach einen Anspruch auf Arbeitslosengeld begründen.

BSG, B 11 AL 20/01 vom 20.6.01, nach info also 1/2002 Hinweis der Redaktion: Die Entscheidung liegt noch beim Bundesverfassungsgericht. Wer von dieser Entscheidung profitieren kann, sollte sich unbedingt beraten lassen, denn eine positive Entscheidung hilft nur denen, deren Antragsverfahren noch läuft.

Das neue Kaufrecht Teil 2

von Rechtsanwalt Paul Demel

Seit Anfang des Jahres gibt es nicht nur den Euro, sondern auch ein 'europäisiertes' Schuldrecht, das vor allem beim Kaufrecht für die Verbraucher viele Verbesserungen schafft.

Anspruch auf Mängelbeseitigung durch Reparatur

Wenn Sie zum Beispiel beim Erwerb einer neuen Spülmaschine im Kaufvertrag nichts dazu geregelt hatten, konnten Sie bislang keine Reparatur vom Verkäufer fordern, wenn sich zuhause ein Defekt der Spülmaschine herausstellte. Sie konnten dann allerdings bei Serienwaren den Austausch des gekauften Stückes gegen ein neues verlangen. jedoch waren die Kunden mit dieser Lösung oft unzufrieden, da damit meistens, Theater' wegen des Ab- und des Antransportes, wegen Wartezeiten oder der Neuvornahme der Geräteanschlüsse verbunden war. Jetzt können Sie statt dieser Nachlieferung vom Verkäufer auch eine Reparatur verlangen. Darauf, ob er selbst eine eigene Werkstatt hat, kommt es nicht an. Er kann ja genausogut wie Sie eine Werkstatt mit der Reparatur beauftragen. Ist allerdings die Reparatur im Vergleich zur Nachlieferung viel zu teuer, kann der Händler darauf bestehen, daß er Ihnen eine neue Spülmaschine liefern darf. Dieser Reparaturanspruch ist erst recht wichtig beim Kauf von bestimmten Einzelstücken wie etwa Gebrauchtwagen. Denn dabei ist ja in der Regel eine Mangelbeseitigung durch Nachlieferung eines anderen Wagens praktisch gar nicht möglich. Jetzt haben Sie also - soweit wirtschaftlich und technisch möglich beziehungsweise zumutbar - einen Anspruch auf Reparatur, wenn sich herausstellt, daß der von Ihnen gebraucht gekaufte Wagen einen auch für Gebrauchtwagen ungewöhnlich hohen Benzinverbrauch aufweist. Bei Gebrauchtwaren muß man allerdings grundsätzlich berücksichtigen, daß nicht jeder Nachteil auch gleich einen kaufrechtlichen Mangel darstellt. Bestimmte Verschlechterungen sind bei Gebrauchtwaren schließlich ganz normal. Bei einer zehn Jahre alten Waschmaschine werden Sie sich ja auch kaum darüber beschweren wollen, daß die im Schleudergang etwas quietscht.

Verjährungsfrist beim Kauf jetzt zwei Jahre

Bislang verjährten Mängelrechte von Käufern sechs Monate nach Ablieferung. Jetzt sind es zwei Jahre. Ausnahme: Bei Gebrauchtwaren kann die Verjährungsfrist auf ein Jahr vertraglich verkürzt werden.

Mängelrechte beim Kauf vom Händler zwingend

Wenn Sie beim Händler kaufen, kann er Ihre Gewährleistungsrechte auch nicht durch allgemeine Geschäftsbedingungen oder sonstwie verkürzen. Das gilt - beim Kauf vom Händler - sogar auch für Gebrauchtwaren.

Nachbesserungsfrist zugunsten des Verkäufers

Auch die Verkäufer haben vom neuen Verbraucherschutz Vorteile. Bevor Sie sich nämlich auf Ihr Recht zur Preisminderung oder auf Vertragsrücktritt berufen können, müssen Sie dem Verkäufer vorher eine Frist zur Nachbesserung setzen. Erst wenn diese erfolglos verstrichen ist, können Sie zur Minderung oder zum Vertragsrücktritt übergehen.

ANWALTTIP

Aufhebungsvertrag und Sperrzeit

aria A., Sekretärin, verdient zuletzt 3.000,- Euro brutto. Dann eröffnet ihr der Arbeitgeber, die Geschäfte liefen nicht mehr so gut, ihr Arbeitsplatz falle weg. Insgesamt müßten zahlreiche Mitarbeiter entlassen werden. All dies und auch die Sozialauswahl seien mit dem Betriebsrat abgesprochen. Anstelle einer Kündigung bietet ihr der Arbeitgeber eine Abfindung an, die 60.000,- Euro betragen soll. Ende des Arbeitsverhältnisses soll dann zum Ende der Kündigungsfrist sein. Für den Fall, daß sie es auf eine Kündigung ankommen lasse und gegen die Kündigung klage, werde sie - wenn überhaupt - nur eine geringe Abfindung erhalten.

Maria A., weder gewerkschaftlich organisiert noch im Besitz einer Rechtsschutzversicherung, fragt sich, ob sie es auf eine Kündigung ankommen lassen soll. Ein von ihr konsultierter Rechtsanwalt rät ab: Die Aussichten für den Prozeß seien gering, und die Regelabfindung von einem halben Bruttomonatsgehalt pro Beschäftigungsjahr deutlich niedriger. Außerdem müsse sie in erster Instanz in jedem Fall die Anwaltskosten selbst tragen. Daraufhin schließt Maria A. den Auflösungsvertrag. Sie findet nicht auf Anhieb einen neuen Arbeitsplatz und wird arbeitslos.

Beim Arbeitsamt hat man für sie keinerlei Verständnis: Mit dem Auflösungsvertrag habe sie vorsätzlich das Ende des Arbeitsverhältnisses und damit die Arbeitslosigkeit herbeigeführt. Es wäre ihr zuzumuten gewesen, abzuwarten, ob es tatsächlich zur Kündigung gekommen wäre. Eventuell hätte sie dann auch klagen können.

Vor den Sozialgerichten ist Maria A. erfolgreich. Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen stimmt dem Arbeitsamt zwar darin zu, daß der Verlust des Arbeitsplatzes vorsätzlich herbeigeführt worden sei. Allerdings gebe es für den Abschluß des Auflösungsvertrages einen wichtigen Grund: Sie habe so eine Kündigung, die als Makel angesehen werde, abwenden können und eine sehr hohe Abfindung erhalten. Damit setzte sich das LSG NRW in Widerspruch zu anderen Landessozialgerichten und auch einzelnen Entscheidungen des Bundessozialgerichtes. Aus diesem Grunde geht es für Maria jetzt eine Instanz weiter.

Der Fall belegt, daß Bewegung in die häufig umstrittene Frage der Sperrzeit bei Abschluß eines Aufhebungsvertrages gekommen ist. Das ist begrüßenswert. Das LSG NRW hat auch in anderen Fällen jüngst in diesem Sinn entschieden. Allerdings: Gefährlich ist die Sache für einen Arbeitnehmer in jedem Fall, bedeutet doch der Eintritt einer Sperrzeit, daß sich die Gesamtdauer des Arbeitslosengeldbezuges verkürzt und der Arbeitnehmer sich auch selbst krankenversichern muß. Und: Ganz so aussichtslos wie in diesem Fall ist die Kündigungsschutzklage natürlich nicht immer - was den Arbeitgeber ja auch schon von der Kündigung selbst abhalten könnte.

LSG NRW 17.12.2001, AZ: -L 1 AL 21/01-





Es ist paradox: Je weniger Arbeit es in der Bundesrepublik gibt, desto ausladender werden die Anstrengungen der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit (BA), Arbeitslose in Arbeit und Brot zu bringen. Dazu setzt sie tausende neue Arbeitsvermittler in den örtlichen Arbeitsämtern ein und führt genauestens Buch über deren Tätigkeit: die Statistik der Arbeitslosenzahlen und die Zahl der Vermittelten. Die soll die Erfolge der Arbeitsvermittlung belegen. Doch genau das tut sie nicht, weil die bisherigen Zahlen frisiert und geschönt waren, wie der Bundesrechnungshof leider vor kurzem feststellen mußte.

Arboirsamrer ols DiensHeisrer Der lange Weg weg vom Behördenstatus

ls unabhängige Behörde der staatlichen Finanzkontrolle nimmt der Bundesrechnungshof das Haushaltsgebaren des Bundes kritisch unter die Lupe. Das Kriterium der Kontrolle: Wurden die finanziellen Mittel zweckmäßig und sparsam eingesetzt? Zu den Klienten zählt auch die Bundesanstalt für Arbeit, die sich dieses Mal einer Kontrolle nicht erfolgreich widersetzen konnte, wie sie es im Jahre 1986 geschafft hatte. Damals stand die Personalsituation im Arbeitsamt Heidelberg auf dem Prüfstand. Der damalige Präsident der Bundesanstalt, Heinrich Franke, untersagte die Überprüfung. Sein Argument: Die Selbstverwaltung der Bundesanstalt und damit die Selbstkontrolle werde dadurch angetastet.

Mit dieser Selbstkontrolle scheint es jedoch nicht weit her zu sein, wie der jüngste Skandal um die manipulierte Vermittlungs-Statistik beweist. Die Crux der Bundesanstalt mit ihren rund 95.000 Mitarbeitern ist, daß sie Erfolge vorweisen muß, wenn sie sich selbst als effizient und glaubwürdig in ihrer Arbeit darstellen will. Sie hat da eine Bringschuld. Das ist ihre Daseinsberechtigung.

Das Wort ,Statistik' besagt laut Duden: die "vergleichende zahlenmäßige Erfassung" und die "Untersuchung und Darstellung von Massenerscheinungen". Bei derzeit 4,3 Millionen registrierten Arbeitslosen hierzulande trifft letztere Definition den Nagel auf den Kopf. Auch das zuerst Genannte. Doch die BA-Zahlen der vermittelten Arbeitslosen entsprachen so gar nicht der Wirklichkeit. Festzustellen ist zum einen, daß die heutige Arbeitslosen-Statistik nur sehr begrenzt etwas über die Zahl derer aussagt, die eine Arbeit suchen. Viele von ihnen tauchen in der offiziellen Statistik nämlich gar nicht mehr auf. Und die Zahl derer, die durch die örtlichen Arbeitsämter laut Statistik tatsächlich vermittelt wurden, war nicht korrekt, sondern zugunsten der Arbeitsämter geschönt. Der Präsident der BA, Bernhard Jagoda, zog deswegen die Konsequenz und ließ sich gutdotiert zurücktreten.

Eine allseits geforderte Bereinigung der Statistik ändert nichts am eigentlichen Problem. Die Arbeitslosigkeit im Lande wird dadurch nicht beseitigt. Im Februar dieses Jahres lag die Arbeitslosenquote in den westlichen Bundesländern bei 8,3 Prozent, in den östlichen bei 19,2 Prozent. Im Bundesdurchschnitt demnach bei 10,4 Prozent. Diagnose: Stagnation auf dem Beschäftigungssektor.

Worin bestand nun das Fehlverhalten der Bundesanstalt und der örtlichen Arbeitsämter, bei denen der Bundesrechnungshof stichprobenartig Prüfungen durchführte und Manipulationen feststellte, eben eine frisierte Statistik? Wenn beispielsweise ABM-Stellen aus der Arbeitslosen-Statistik herausgenommen werden, sind das noch lange keine Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt. Das ist pure Schönfärberei. Doch diese Taktik hat

einen politischen Hintergrund. Vor der Bundestagswahl 1998 in der Ära Kohl gab es einen Zyklus der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Die Zahl der Menschen, die über AB-Maßnahmen aus der Statistik auf wundersame Weise verschwunden waren, verdoppelte sich beinahe während eines Jahres. Eine interne Kontrolle der örtlichen Arbeitsämter durch die Bundesanstalt in Nürnberg hätte erfolgen müssen, geschah aber nicht. Erst jetzt brachte der Bundesrechnungshof Licht in die nebulöse Statistik-Welt. Der Sprecher des Bundesrechnungshofes, Romers, kommentierte Anfang Februar: "Realität und Statistik liegen weit auseinander." Seine Behörde will jetzt weitere zwanzig Arbeitsämter überprüfen, nachdem die BA - aufgeschreckt durch den Prüfbericht der Bundesrechnungshofes - ihrerseits eigene Kontrollen in zehn Arbeitsämtern abgeschlossen hatte.

Nach Bekanntwerden der Ungereimtheiten in der Vermittlungsstatistik tat sich was im münsterschen Arbeitsamt. Der Verwaltungsausschuß des Amtes forderte auf seiner jüngsten Sitzung Anfang März 2002 mehr Selbstverantwortung für alle örtlichen Arbeitsämter. Das Arbeitsamt Münster war vom Bundesrechnungshof nicht überprüft worden. Dennoch nahm sich das Gremium dessen Untersuchungsergebnisse über die Vermittlungs-Statistik vor. Dieser hatte deren Aussagefähigkeit und damit Glaubwürdigkeit in Frage gestellt. Nach Ansicht des münsterschen Ausschusses sind die Möglichkeiten der örtlichen Selbstverwaltung nach wie vor eingeschränkt. Den örtlichen Abeitsämtern sollte mehr Kontroll- und Mitwirkungsfunktion eingeräumt werden. Ziel müsse es sein, eine größere Regionalisierung der Verantwortung zu erreichen, sodaß die Mitarbeiter des Arbeitsamtes kompetenter und effizienter arbeiten könnten. Arbeitsamtsdirektor Wolf-Rüdiger Schwedhelm kritisiert die unterschiedliche Auslegung des Vermittlungsbegriffes. Dieser müsse eindeutig definiert werden. Neben der Statistik der reinen Vermittlungen solle eine weitere geführt werden, die über andere Leistungen des Arbeitsamtes Auskunft gebe, die zu einer Aufnahme eines festen Arbeitsverhältnisses geführt hätten.

Männer arbeitslos gemeldet, 1.213 mehr als ein Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich leicht auf 7,6 Prozent. Damit gehört der Arbeitsamtsbezirk Münster in Nordrhein-Westfalen zu denen mit der niedrigsten Arbeitslosenquote. Das münstersche Arbeitsamt wurde von der Zentrale in Nürnberg nach eigenen Angaben nicht überprüft. Die Statistik wird intern differenziert geführt, also etwa Vermittlung in eine ABM-Stelle, Vermittlung an ein Zeitarbeitsunternehmen, persönliche Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt und auch die Vermittlungen durch die hausinternen Stellenangebots-Computer SIS und AIS, also Angebote für Arbeitnehmer

Im einzelnen sieht dieses Gesetz vor. daß die Obergrenze für die Eigenbeteiligung bei 1.500,- Euro liegt, wenn eine Vermittlung zustandekommt. Das muß der Jobsuchende an den privaten Vermittler zahlen. Das Arbeitsamt stellt einen Gutschein über diese Summe aus, wenn der Jobsuchende zuvor drei Monate lang arbeitslos war. Nach einem halben Jahr Arbeitslosigkeit erhält der Betreffende einen Gutschein über 2.000,- Euro, nach neun Monaten über 2.500,- Euro. Private Arbeitsvermittler brauchen künftig keine Zulassung mehr vom Arbeitsamt. Bisher benötigten sie diese, desgleichen auch Zeitarbeitsunternehmen. Zudem durften sie lediglich bei den Arbeitgebern

> für eine neu eingestellte Arbeitskraft kassieren.

> Gewerkschaften wie auch Fachleute des Arbeitgeberverbandes begrüßten im Grundsatz die Regelung, daß private Dienstleister bei Vermittlungen Arbeitsloser vermehrt eingeschaltet werden. Professoren der Fachhochschule der BA in Mannheim warnten jedoch davor, daß große Unternehmen möglicherweise ihre Personalbüros ausla-

gern und diese in eigenständige Vermittlungsagenturen umwandeln könnten. So werde die Einstellung von neuem Personal in der eigenen Firma noch durch die Gutscheine bezahlt. Skeptiker dieser Gutschein-Regelung befürchten zudem, daß damit im Arbeitsamt selbst Mißbrauch betrieben werden könnte, wenn nämlich Anteile der in den Gutscheinen ausgewiesenen Beträge als 'Erfolgsprämie' an den Arbeitsvermittler zurückfließen.

Nach wie vor sind die Seiten 'Inserate' und 'Stellenanzeigen' der Tageszeitungen die meistgenutzte Möglichkeit für die Jobsuche. Diese haben bei etwa fünfzehn Prozent der ehemaligen Arbeitslosen zum Erfolg geführt.

Der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte hieb in einem Zeitungsinterview in die gleiche Kerbe und ging noch weiter. Schulte: "Wir brauchen eine zielgenauere Vermittlung und eine bessere Vernetzung zwischen den einzelnen Ämtern der Landesebene und der Bundesanstalt." Im gleichen Atemzug sprach er sich gegen eine Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe mit

der Sozialhilfe aus.

Entschieden trat

Schulte für die Beibehaltung von Beschäftigungs-Programmen ein: "Selbst wenn die 1,5 Millionen offenen Stellen besetzt werden könnten, blieben rund 2,5 Millionen Menschen ohne Job."

Das Konzept 'Arbeitsamt 2000' von 1997 sollte eine Dezentralisierung bewirken. Bisher hat sich noch nicht viel getan. Noch immer wird in den örtlichen Arbeitsämtern stur nach Weisungen von oben entschieden. Und ob das Projekt überhaupt verwirklicht wird, steht in den Sternen: Der neu zu wählende, dreiköpfige BA-Vorstand wird die Sache möglicherweise schnöde ad acta legen.

Und wie ist die Situation in Münster? Im Februar waren 10.437 Frauen und



und Arbeitgeber. Die monatliche Gesamtstatistik differenziert jedoch nicht. Anmerkung: Wie kommt es, daß das Arbeitsamt Münster laut Statistik im Februar 2001 exakt 1.879 Vermittlungen tätigte, im Februar 2002 jedoch nur noch 936, also punktgenau die Hälfte?

Gutscheine für Arbeitsuchende

Auf der Suche nach einem Job sind Arbeitslose vom 1. April an nicht mehr allein auf das Arbeitsamt angewiesen. Sie können auch private Vermittler einschalten. Diese Neuregelung wurde vom Bundestag beschlossen. Eingebracht hatte diese Gesetzesinitiative die rot-grüne Koalition.

Zunehmend ist auch das Internet mit seiner Vielfalt an Stellenangeboten gefragt. Diese Alternative sollten die Arbeitsämter baldmöglichst ausbauen und vor allem auch den Arbeitsuchenden Hilfestellungen geben, was die Stellensuche und das Bewerben im Internet angeht.

Reform der Bundesanstalt für Arbeit

Daß die Bundesanstalt einer grundlegenden Reform bedarf, ist bei Politikern, Gewerkschaftern, Arbeitgeber-Funktionären und auch im Hause selbst unumstritten. Bundeskanzler Gerhard Schröder tat den ersten Schritt. Er bestellte den rheinland-pfälzischen Sozialminister Florian Gerster ein und setzte ihn als , Manager' an die Spitze der Bundesanstalt. Schröder: "Florian Gerster ist kein Beamter!" Daß dieser andere Vorstellungen von Arbeit, Aufgaben und Wirkung der BA hat, zeigte er sofort: Das Arbeitslosengeld für Langzeitarbeitslose solle gekürzt werden. Dagegen wandten sich umgehend entrüstet die Gewerkschaften.

Umstritten war auch die Form und der Umfang der Umstrukturierung. Gegen eine Verkleinerung des Verwaltungsrates hatte zum Beispiel die IG-Metall nichts einzuwenden, "Die Nachbildung der Organisation eines privatwirtschaftlichen Unternehmens taugt aber nicht als Leitbild einer Institution mit sozialstaatlichen Aufgaben", heißt es in einem ihrer Positionspapiere. Prompt sind die Gewerkschaften nicht im neuen BA-Vorstand vertreten. Der besteht nämlich aus dem neuen Behördenchef Florian Gerster, dem bisherigen Vizepräsidenten Heinrich Alt und dem Unternehmer Frank-Jürgen Weise.

Übereinstimmend unterstützen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände den Umbau der Behörde zu einem modernen Dienstleistungsbetrieb. Sie fordern aber mehr Rechte für den 21-köpfigen Verwaltungsrat. In diesem sollten Gewerkschaften und Arbeitgeber mit je sieben Mitgliedern, Bund und Länder mit jeweils dreien und die Kommunen mit einem Mitglied vertreten sein.

Jana Und die Traumrichter Wie Menachen durc Arbeit von neuer finden Mit Zeichneugen ein frank Hoggenaum

Jana und die Traumrichter

Ein Sachbuch für Kinder im Alter zwischen zehn und vierzehn Jahren, in dem sich Adam Smith, John Maynard Keynes und Karl Marx höchstselbst die Ehre geben und erörtern, wie Menschen ihre Arbeit verlieren und vielleicht eine neue finden.

Uwe Wiedenstried: Jana und die Traumrichter

Wie Menschen ihre Arbeit verlieren und vielleicht eine neue finden.

Mit 58 Illustrationen von
Frank Hegemann
Taschenbuch, 280 Seiten
Hrsg: Arbeitslose brauchen
Medien (AbM) e. V.
1. Aufl., 1.000 St.
Münster 2000
Bezugspreis: DM 10,00
ISBN 3-00-005960-1
Erhältlich im Buchhandel und
bei AbM e.V.,
Achtermannstr. 7,
48143 Münster
Tel. 0251 - 51 11 21
Fax: 0251 - 4 79 14

GLOSSE

von unserem Redaktionsmitglied Heiner König

Die Bibel der deutschen Rechtschreibung, der Duden, erklärt den Begriff "Statistik" so: "S. ist eine Untersuchung und Darstellung von Massenerscheinungen". Zieht man den Begriff "Statist" aus der Welt des Theaters zur näheren Erläuterung ergänzend hinzu, so ist das Ergebnis sinngemäß: "S. ist eine Darstellung von massenhaftem Auftreten stummer Personen auf der Bühne". Das Ganze nennt sich dann "Statisterie", also eine Versammlung der Stummen.

Der Statistiker eines Arbeitsamtes ist ein "Bearbeiter und Auswerter" von Statistiken stummer Personen aus der Bühnenwelt des Arbeitsmarktes, die sich beim Arbeitsamt gemeldet haben, um sich Gehör zu verschaffen. Und zwar, weil sie eine Arbeit verloren haben und einen neuen Job suchen. Originäre Aufgabe der Behörde "Arbeitsamt" ist es, dieses Wunschdenken nicht im leeren Bühnenraum umhergeistern, sondern es Wirklichkeit werden zu lassen.

Nun findet sich im Duden in der Wortfamilie "Statistik", "statisch" etc. auch noch der Begriff "stätisch". Die zwei Pünktchen über dem a bewirken nicht nur eine andere Aussprache, sondern auch einen anderen Sinn. Pferdekennern ist er geläufig. Ein "stätischer" Gaul ist störrisch und widerspenstig. Sollte daher die Arbeitslosen-Statistik mancher Arbeitsämter hierzulande nicht treffender "Arbeitslosen-Stätistik" genannt werden? Vielleicht sollte die Bundesanstalt für Arbeit eine Neufassung von Shakespeares Bühnenstück "Der Widerspenstigen Zähmung" entwickeln.

Merke: Jede Statistik ist immer nur so gut oder so schlecht wie ihre Verfasser - und deren Interpreten.



Programmübersicht

Mo., 15.04.02 Auftaktveranstaltung: Laute(r) Lesben II mit Ausstellungseröffnung "Lesbische Künstlerinnen" Kundenzentrum Stadthaus II, Ludgeriplatz 4, 17.00 Uhr

Mo., 15.04.02 Ausstellung: Lesbische Künstlerinnen Kundenzentrum Stadthaus II, Ludgeriplatz 4 Fr., 10.05.02 Mo. - Mi. 8.00 - 16.00 Uhr, Do. 8.00 - 18.00 Uhr, Fr. 8.00 - 12.00 Uhr

Do., 18.04.02 Diavortrag: ,20.000 Jahre Frauenpaare' zur Ausstellung "Frauenpaare in kulturgeschichtlichen Zeugnissen' mit Gabriele Meixner Foyer Stadtwerke, Hafenplatz 1, 19.00 Uhr Eintritt: 4,- Euro / erm.: 3,- Euro

Sa., 20.04.02 Konzert: Carolina Brauckmann (voc. piano) mit Christine Hoermann (sax) Studiobühne, Domplatz 23a, 20.00 Uhr Eintritt: 7,- Euro / erm.: 5,- Euro

Di., 23.04.02 Lesung: Antje Rávic Strubel liest aus dem Roman .Unter Schnee' Reisecafé Terraverde, Überwasserstr. 13, 20.00 Uhr Eintritt: 3,- Euro / erm.: 2,- Euro

Stadtrundgang: Orte lesbischen Lebens in Münster Mi., 24.04.02 Treffpunkt: Landesmuseum, 18.00 Uhr (Dauer: ca. 2 Stunden) Teilnahmegebühr: 6,- Euro / erm.: 5,- Euro

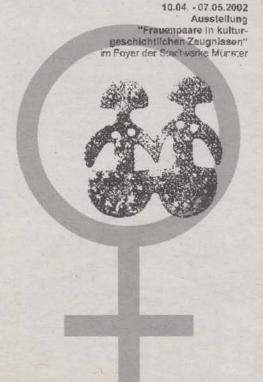
Fr., 26.04.02 Konzert: Frauen-, Lesbenchor , Immer wieder anders' mit Annemarie Grage (Akkordeon) Rüstkammer im Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt, 19.30 Uhr Eintritt: Abendkasse

So., 28.04.02 Film: ,Lifetime Guarantee' (engl. OF) LIVAS, Am Hawerkamp 31, 15.30 Uhr Eintritt: 3,- Euro Anschließend: Tupperparty (begrenzte TeilnehmerInnenzahl)

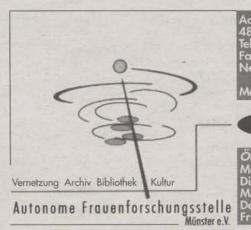
Hexenparty mit Programm

Di., 30.04.02 Onyx (ehem. Cascade), Bahnhofstraße, 21.00 Uhr Eintritt: AK 9,- Euro, VVK (Cinema, LIVAS): 7,50 Euro

Mo., 06.05.02 Diskussionsforum zur Homopolitik mit münsterschen BundestagskandidatInnen Loge, Diepenbrockstr. 30 (neben Kreativhaus), 19.00 Uhr



Frauenkulturverein Münster e.V. präsentiert

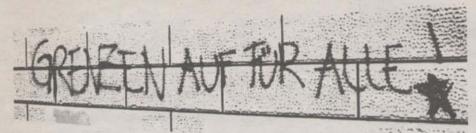


mannstr. 10 – 12

www.muenster.org schwarze-witwe witwe@muenster.de

SCHWARZE WITWE

Öffnungszeiten Mo: 14 - 16 Uhr Di: 10 - 12 Uhr 16 Uhr



Die ,Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V. (GGUA)' in Münster

Jeder ist ein Fremder. Fast überall. GGUA. Sicherlich gibt es Buch auf Anhieb flüssiger über di

GGUA. Sicherlich gibt es Buchstabenkombinationen, die einem auf Anhieb flüssiger über die Lippen kommen. Doch wie das eben so ist: Hinter einer sperrigen Schale steckt meist ein lebendiger Kern. So auch bei der gemeinnützigen, aus einer privaten Initiative heraus entstandenen GGUA, die sich in Münster seit über zwanzig Jahren um die Beratung und Betreuung von Flüchtlingen, AsylbewerberInnen und MigrantInnen kümmert. Eigentlich, sollte man meinen, ein Job für den Staat. Doch der setzt eher auf Abschreckung denn auf Integration. Die sogenannten "Sicherheitspakete" unseres knüppelschwingenden Innenministers und die abschreckende Debatte um das Zuwanderungsgesetz lassen grüßen …

Gerade nach den Anschlägen des 11. September ist die Verunsicherung bei den hier lebenden Ausländern größer denn je!" Rüdiger Sagel, Landtagsabgeordneter von Bündnis 90 / Die Grünen und seit Oktober 2001 Mitglied des frischgebakkenen vierköpfigen GGUA-Vorstands, sieht einen direkten Zusammenhang zwischen den Terroranschlägen mit all ihren globalen Konsequenzen und dem zunehmenden gesellschaftlichen Druck auf Flüchtlinge und Asylbewerber in Deutschland. Doch nicht nur die, sondern auch Ausländer und deutsche Mitbürger ausländischer Herkunft, die teilweise schon in der dritten Generation hier bei uns wohnen und arbeiten, werden jetzt von vielen deutschen Deutschen argwöhnisch beäugt.

Dabei sitzen wir doch - gerade wenn man sich die globalen Dimensionen der wirtschaftlichen und sozialen Dynamik vor Augen führt - alle in einem Boot. Eigentlich. Uneigentlich sind aber die meisten der deutschen Deutschen - Innenminister Schily beispielsweise - überzeugt, das (deutsche) Boot sei voll. Wie dümmlich so eine Überzeugung ist, offenbart schon ein Blick in die offiziellen Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland (die SPERRE berichtete). Wie beängstigend, ja gefährlich sie für alle, die das Pech haben, nicht deutsch genug auszusehen, mitunter ist, davon können die Leute von der GGUA eine ganze Menge Lieder singen. Da ist zum Beispiel die schwangere Frau aus Turkmenistan. Die wollte unlängst zu ihrem Mann, der in Münster lebt. Sie kam bis München. Dort war erst einmal Endstation, weil sich keine deutsche Fluggesellschaft imstande sah, ihr ein Ticket nach Münster zu verkaufen. "Wer fremdländisch aussieht, braucht nämlich für seine Einreise und auch für die eventuell im Zusammenhang mit seiner Abschiebung entstehenden Kosten die Bürgschaft eines Deutschen", erklärt GGUA-Vorstandsmitalied Wilfried Grünewald. Im Falle der turkmenischen Frau intervenierte die GGUA bei mehreren Reisebüros. Letztlich mit Erfolg, wie Grünewald betont.

Die Ressentiments gegenüber ausländischen Menschen hierzulande nehmen beständig zu. Die staatlichen Einreise- und Aufenthaltsregeln werden immer restriktiver und (übrigens auch für die meisten mit normaler Intelligenz begabten Deutschen …) immer

undurchschaubarer. Flüchtlinge und Asylbewerber sind schon von ihren sprachlichen Möglichkeiten her gegenüber (fast jedem) deutschen Einwanderungsbeamten so gut wie chancenlos. Sie haben - natürlich - keinerlei Lobby und blicken, wenn sie denn überhaupt bleiben dürfen, von unten auf die unterste Sprosse unserer Gesellschaft. Gründe genug für die GGUA, sich im besten Sinne 'parteiisch' für die Belange der bei uns Zuflucht suchenden Menschen stark zu machen:

 Mit ihren Beratungsangeboten will sie die Handlungsfähigkeit der Flüchtlinge stärken und sie so aus ihrer Hilflosigkeit herausholen. Dies umfaßt von aufenthalts- und sozialleistungsrechtlichen Informationen über Tips zur Wohnungs- oder Arbeitssuche bis hin zur gezielten Vermittlung psychologischer oder medizinischer Betreuung sämtliche Aspekte der Lebensberatung.



- Jeden Montag von 9.00 bis 12.00 Uhr öffnet in den GGUA-Räumen an der Südstraße das 'TIB-Café' ('Treffpunkt Information und Beratung') seine Pforten für Flüchtlinge und Asylbewerber, die Kontakt oder Rat in ganz praktischen und alltäglichen Angelegenhei-
- Im Zusammenhang mit dem sogenannten 'Münster-Konsens' - also mit der dezentralen Unterbringung hier lebender Flüchtlinge an verschiedenen münsterschen Standorten (die SPERRE berichtete) - kam auf die GGUA auch die Koordinierung originär kommuna-

hierfür ist das Projekt 'Interkulturelles Lernen mit Jugendlichen'. Dieses Projekt, das die GGUA im Februar und März mit zwei Schulklassen und Schülern aus etwa 20 Nationen realisiert hat, ermöglichte den Kontakt zwischen jugendlichen Flüchtlingen und

Eine schwere Geburt

Die gute Nachricht zuerst: Die hochschwangere Djemilja (Name von der Redaktion geändert) hat jetzt endlich einen Krankenschein. So ist wenigstens die medizinische Versorgung während der Endphase ihrer Schwangerschaft und eine Entbindung im Krankenhaus sichergestellt. Das ist aber auch schon so ziemlich alles, was für die 17-jährige Roma-Frau sicher ist. "Djemilja fällt schlicht durch sämtliche Behörden-Raster." GGUA-Beraterin Brigitte Derendorf, die die aus Serbien stammende Frau seit Oktober 2001 betreut, räumt ein, daß sie irgendwann mit ihrem Latein am Ende war: "Die Probleme wuchsen der jungen Frau über den Kopf, und kein Amt war zuständig!"

Doch der Reihe nach: Im Oktober 2001 sucht Djemilja erstmals die Beratungsstelle der GGUA auf. Damals ist sie bereits schwanger. "Uns hat sie davon allerdings nichts gesagt", erzählt Brigitte Derendorf, für die die junge Frau deshalb erstmal 'nur' ein unbegleiteter minderjähriger Flüchtling war. Djemiljas Eltern und ihre Geschwister hatten sich schon im Sommer des Jahres ins Ausland abgesetzt. Wohin, das weiß sie angeblich nicht. Und so unverhofft sie bei der GGUA reingeschneit war, so schnell war sie auch wieder verschwunden. Wer weiß wohin. "Ob das einfach nur Unbekümmertheit war oder ob sie jemand unter Druck gesetzt hatte, kann ich nicht sagen", rätselt Derendorf noch heute. Zwischen Weihnachten und Neujahr taucht Djemilja erneut bei der GGUA auf, inzwischen unübersehbar schwanger. "Als ich das sah, bekam ich einen Riesenschreck", erinnert sich Brigitte Derendorf. Der Abschiebestop für Flüchtlinge aus Serbien war

Jugendlichen, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. In gemischten Kleingruppen lernten sich Heranwachsende aus den verschiedensten Kulturkreisen kennen. Spielerisch, aber auch in ernsthaften Diskussionen setzten sie sich darüber auseinander, wie sie Menschen und alltägliche Dinge wahrnehmen, wie sie mit Sprachbarrieren umgehen und wo es zwischen ihnen Unterschiede oder auch Gemeinsamkeiten gibt. Höhepunkt des Projektes war eine ,Fotorallye'. Die hier entstandenen Bilder wurden im Rahmen einer Ausstellung in der Geistund der Waldschule präsentiert.

ten suchen. Hier geht es vor allem auch um Fragen der sozialen Integration, sprich: der Wohnungs- oder Arbeitssuche.

• Die GGUA ist oft die erste Anlaufstelle für Flüchtlinge, die nach Münster kommen. Sie versteht sich als Scharnier zwischen den Flüchtlingen auf der einen und den Ansprechpartnern in den verschiedenen involvierten Behörden (Ausländer-, Wohnungs-, Sozial-, Arbeitsamt etc.) auf der anderen Seite. Sie begleitet Flüchtlinge bei Behördengängen, sorgt gegebenenfalls für Dolmetscher und vermittelt Kontakte zu den zahlreichen anderen Hilfeangeboten in Münster (Frauenhäuser, Krankenhäuser, Stadtteilbüros etc.).

ler Aufgaben zu. Also kümmert man sich um die Betreuung der jeweiligen Bürgerinitiativen, um den Aufbau entsprechender Arbeitskreise und - wie im Falle der inzwischen von Flüchtlingen bezogenen Unterkunft am Hoppengarten - mit durchaus gutem Erfolg um einen konstruktiven Kontakt zu den kirchlichen Gemeinden vor Ort. So werden im Konsens praktikable Lösungen vorangebracht, öffentliche Debatten entemotionalisiert und - nicht zuletzt - Kosten gespart, die die Stadt sonst tragen müßte.

• Konkrete Integrationsprojekte tragen zu einer Verbesserung des Klimas zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen bei. Ein gutes Beispiel

Und dann ist da noch die leidige Sache mit den Gutscheinen. Etwa 250 in Münster lebende Roma bekommen für ihre Lebenshaltung von der Stadt nämlich keine Zahlungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), sondern lediglich Gutscheine, die sie dann in den Geschäften jedenfalls in denen, die sich darauf einlassen - gegen Waren eintauschen müssen. Deshalb hatte man bei der GGUA schon vor längerem eine pfiffige Idee: Eine ,Gutschein-AG' wurde aus der Taufe gehoben. Dort oder auch im Eine-Welt-Laden ,La Tienda' an der Frauenstraße können Leute, die Flüchtlinge unterstützen und ihnen die entwürdigende Prozedur des Bezahlens mit Gutscheinen ersparen wollen, die Gutscheine zur eigenen Verwendung aufkaufen. Der so erzielte Erlös dient zum weiteren Umtausch der Gutscheine. Immerhin hat der Rat vor kurzem beschlossen, daß die Roma Barleistungen bekommen, wenn sie länger als 18 Monate in der Stadt sind. Ein Lichtblick - nicht weniger, aber eben auch nicht mehr. GGUA-Vorständler Wilfried Grünewald betont

denn auch: "Die Stadt Münster ist ja guten Willens, was die Gutscheinregelung angeht. Leider bleibt sie aber zu hundert Prozent auf den ihr entstehenden Kosten sitzen." Die GGUA werde sich jedoch mit der jetzigen Regelung nicht abfinden und weiter für eine Abschaffung der Gutscheinpraxis kämpfen.

Überhaupt machen sich die Leute von der GGUA um die zwei- bis dreitausend in Münster lebenden Roma aus Ex-Jugoslawien und Albanien besonders große Sorgen. "Die", weiß Rüdiger Sagel, "leben in permanenter Angst vor der Abschiebung." In diesem Jahr droht sie vor allem den 600 aus Serbien stammenden

Roma. Sagel erläutert, wie so eine Abschiebung vor sich geht: "Die Romafamilien bekommen eine behördliche Abschiebungsankündigung. Danach haben sie einen Monat Zeit, freiwillig zu verschwinden." Wer dann noch da sei, werde mit Polizeigewalt ins Flugzeug nach Serbien verfrachtet. "Dort", so Sagel, "erwartet sie ein Leben auf der Müllhalde!" Doch das sei in den Augen des Ausländeramtes noch lange kein Abschiebungshindernis. Und für die jüngst von der Initiative der sogenannten ,Bürger für Münster' in der Öffentlichkeit losgetretene Debatte um die Ausländerkriminalität und die angebliche "Gefahr", die für die Allgemeinheit von "südländisch aussehenden und schwarzhaarigen" Menschen ausgehe, hat Wilfried Grünewald von der GGUA die passende Antwort: "Umgekehrt wird doch ein Schuh draus: Die Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund, deren Opfer in erster Linie ausländische Mitbürger und ganz besonders eben Roma sind, haben in Münster mit insgesamt 344 Fällen im Vergleich zum Vorjahr um 26 Prozent zugenommen." Das zeige, beteiligte Fachgremien müssen sich schnellstmöglich an einen Tisch setzen und und ein kommunales Integrationskonzept entwickeln, das deutlich über den Münster-Konsens hinausgeht." Und Sagel macht am münsterschen Tellerrand nicht halt: "Wir brauchen endlich ein europaweit geltendes Bleiberecht für Flüchtlinge und Asylbewerber!"

nämlich inzwischen abgelaufen. "Es stellte sich aber heraus", so Derendorf, "daß die Schwangerschaft für eine Abschiebung schon zu weit fortgeschritten war." Djemilja war im sechsten Monat. Das vom Ausländeramt geforderte Schwangerschafts-Attest überhaupt zu bekommen, war allerdings ohne Krankenschein schwierig genug. Brigitte Derendorf ist heute noch wütend, wenn sie daran denkt, wie Djemilja von mehreren Arztpraxen abgewimmelt wurde: "Erst als ich persönlich für die entstehenden Kosten bürgte, fand sich schließlich ein Arzt, der die Untersuchungen vornahm."

Eine in Münster lebende Tante Djemiljas erklärte sich schließlich bereit, sie in ihre Wohnung aufzunehmen. Wer allerdings geglaubt hatte, dies stabilisiere die Situation der jungen Frau, war auf dem Holzweg. Denn zu ihrem Einzug bei der Tante kam es erst gar nicht. Das Ausländeramt war nicht bereit, eine Duldung zu erteilen. Im Gegenteil: Es setzte Djemilja eine vierwöchige Frist zur sogenannten 'freiwilligen Ausreise'. "Und das münstersche Sozialamt erklärte sich kurzerhand für nicht zuständig", berichtet Brigitte Derendorf. Begründung: Djemiljas Hilfebedürftigkeit sei anzuzweifeln, ihre Eltern hätten sich seinerzeit betrügerisch Sozialhilfe-Leistungen erschlichen, und außerdem habe sie ja keine Duldung. "Und sowas bei einem siebzehnjährigen, hochschwangeren und völlig mittellosen Mädchen, dessen Eltern verschwunden sind und das kein Dach über'm Kopf hat", erbost sich Derendorf. Und so kam es, wie es kommen mußte; Bei einem gemeinsamen Besuch im Sozialamt schnappt Djemilja etwas von "Polizei" auf. Hals über Kopf ist sie verschwunden. Mehrfach wird sie im Bahnhofsumfeld gesehen. Kein gutes Pflaster. Schon gar nicht für eine Frau, die im sechsten Monat schwanger ist.

> daß der Haß, den man mit solch plumpen Diffamierungen säe, leider immer wieder auf fruchtbaren Boden falle.

Was kann denn da das im letzten Jahr von der nordrhein-westfälischen Landesregierung unter dem schönen Motto 'Einheit in Vielfalt' aufgelegte Integrationsprogramm bewegen? Rüdiger Sagel hat einen schönen Vergleich parat: "Damit verhält es sich so ähnlich wie mit dem Artikel 1 des Grundgesetzes: Bis sich vor Ort wirklich was bewegt, das dauert." Deshalb fordert er für Münster den Beginn einer übergreifenden Fachdiskussion unter Federführung des Ausländerbeirates ein: "Politik, Verwaltung und

Apropos Bleiberecht: Anfang des Jahres hat die GGUA ihr neues Domizil an der Südstraße bezogen. "Das", so Wilfried Grünewald vom GGUA-Vorstand, "bringt uns zwei Vorteile: Erstens haben wir mit unseren verschiedenen Angeboten jetzt endlich eine gemeinsame Adresse, und zweitens sind die Räumlichkeiten hier kostengünstiger als unsere früheren."

Womit wir bei der Finanzierung und damit an einem Punkt angelangt wären, der den GGUA'lern momentan große Bauchschmerzen bereitet. Grünewald rechnet vor: "Unser Jahresetat liegt bei 250.000 bis 300.000 Euro. Der jährliche Zuschuß, den wir von der Stadt Münster bekom-

KRIEG SPIELEN

Flüchten können Menschen nur, solange sie leben. Der Krieg ist in vielen Regionen unserer Erde für unzählige Kindersoldaten eine grausame und oftmals tödliche Lebensrealität. Auch darüber informiert die GGUA.

Anfang März sucht Djemilja - mittlerweile im achten Monat schwanger wiederum Rat und Hilfe bei Brigitte Derendorf von der GGUA. Also ging das Hin und Her von vorne los. Das Ausländeramt erkannte jetzt allerdings die Notsituation und rang sich immerhin zu einem dreimonatigen Bleiberecht für die junge Frau durch. Das Sozialamt hingegen blieb unzuständig, und das Jugendamt wollte die hochschwangere Djemilja ins Mädchenkrisenhaus stecken. Nach dem Buchstaben des Gesetzes alles ganz korrekt. Korrekt, nicht human. Von Humanität steht nämlich nichts im Gesetz. Krankenschein? Fehlanzeige. Brigitte Derendorf wird deutlich: "Wir haben beim Sozialamt um einen Krankenschein regelrecht gebettelt. Das grenzte schon an unterlassene Hilfeleistung, sowohl für Djemilja als auch für das ungeborene Baby!" In ihrer Not rief sie Jochen Köhnke an, den münsterschen Dezernenten für Aussiedler-, Flüchtlingsund Asylbewerberangelegenheiten: "Der hat Gott sei Dank sehr spontan reagiert und mich gebeten: "Halten Sie das Mädchen irgendwie noch zwei Tage über Wasser, dann haben wir bestimmt eine Lösung gefunden'." Ganz so flott ging es dann zwar doch nicht. Vor allem ist nach wie vor völlig unklar, wo Djemilja bleiben kann und wovon sie und ihr Baby . leben sollen. Doch das Jugendamt hat ihr jetzt endlich einen Krankenschein für die notwendigen ärztlichen Untersuchungen und die Entbindung im Krankenhaus ausgestellt.

Die gute Nachricht zum Schluß also: Djemilja hat einen Krankenschein. Vielleicht ist ihr Kind ja schon auf der Welt, wenn diese SPERRE herauskommt. Doch wie diese Welt für Djemilja und ihr Baby aussehen wird, steht auf einem ganz anderen Blatt ...

men, ist aber von 375.000 Mark im Jahr 2000 auf 125.000 Euro in diesem Jahr zusammengeschmolzen." Und im Jahr 2003 - das hat der münstersche Rat unter Federführung der CDU-Mehrheitsfraktion bereits klipp und klar angekündigt - wird der kommunale Zuschuß nur noch 100.000,- Euro betragen. Da heißt die Maxime schlicht: Irgendwie über die Runden kommen. Wilfried Grünewald: "Unser Personal konnten wir bisher nur deshalb halten, weil die Leute bereit waren, Arbeitszeit- und damit natürlich auch Gehaltskürzungen in Kauf zu nehmen." Zudem überlege man, wie man die Arbeit der GGUA anders strukturieren und so eventuell auch andere Finanzierungsquel-

len auftun könne. "Beispielsweise", so Grünewald, "könnten wir versuchen, für neu aufgelegte Integrationsprojekte hier vor Ort Bundes- oder Landeszuschüsse zu akquirieren."

Doch bisher ist das nur Zukunftsmusik. Und was das personelle Engagement für die GGUA angeht: Ehrenamtliche Mitarbeiter werden jederzeit mit offenen Armen empfangen. Ehrlich!

Kontakt:

Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA) e.V. Südstr.46, 48153 Münster Tel.: 0251 - 144 86 - 0 Fax: 0251 - 144 86 - 10 Mail: ggua@muenster.de

nnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender

Die neue Arbeitslosenhilfe-Verordnung

Alles bleibt anders!

Mit der neuen Arbeitslosenhilfe-Verordnung wurde zum 1. Januar 2002 vor allem die Bedürftigkeitsprüfung vollkommen neu geregelt. Vergessen Sie alles, was Sie bisher zu Fragen der Einkommens- oder Vermögensanrechnung sicher zu wissen glaubten. Und erst recht natürlich alles, wo Sie sich nicht so sicher waren. In einer gut besuchten Veranstaltung des cuba brachte Goswin Brehe, einer von demnächst vier Leistungsberatern im Arbeitsamt Münster, Licht ins Dunkel des verordneten Paragraphendickichts.

Was nicht heißt, daß die Sache - bei Licht betrachtet besonders erfreulich aussähe. Politische Statements konnte und wollte Goswin Brehe zwar nicht abgeben: "Als Vertreter der Arbeitsverwaltung muß ich selbstverständlich Neutralität wahren." Soviel ließ er sich dann aber doch entlocken: Die neue Arbeitslosenhilfe-Verordnung ist mit Sicherheit ein erster Schritt in Richtung der von Rot-Grün anvisierten Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Was die angeht, sieht Brehe derzeit alle Optionen noch offen: "Manche reden schönfärberisch von Harmonisierung, manche von Zusammenlegung der beiden Leistungen, manche auch von der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe." Insofern prophezeit Brehe der neuen Veordnung eine "sehr geringe Halbwertzeit". Die SPERRE wird jedenfalls am Ball bleiben.

Vier grundlegende Anspruchsvoraussetzungen für die Bewilligung von Arbeitslosenhilfe gelten nach wie vor: Es muß zuvor ein Anspruch auf Arbeitslosengeld bestanden haben (wir erinnern uns: Die originäre Arbeitslosenhilfe wurde von Rot/Grün bereits vor einigen Jahren abgeschafft); seit dem letzten Tag des Arbeitslosengeldbezuges dürfen höchstens 360 Tage vergangen sein; der Arbeitslosengeldanspruch muß verbraucht sein; der Antragsteller darf nicht älter sein als 65 Jahre.

Was allerdings die Frage der Bedürftigkeit des Arbeitslosen angeht, hat sich eine ganze Menge geändert (siehe Kasten).



Auf den ersten Blick positiv scheinen die neuen Freibetragsregelungen bei der Vermögensanrechnung zu sein: Ohne die früher so nervige Rumrechnerei gilt jetzt generell ein Freibetrag von 520,- Euro pro Lebensjahr des Arbeitslosen und seines Lebenspartners. Wenn also der Antragsteller 32 und sein Partner 38 Jahre alt ist, gilt ein Freibetrag von 36.400,- Euro (70 Jahre x 520,- Euro). Doch die Sache hat für die Arbeitslosen gleich mehrere Haken: Erstens gelten jetzt, anders als früher, sämtliche Ersparnisse für die Altersvorsorge, die nicht im Rahmen der sogenannten "Riester-Rente' staatlich gefördert werden, als Vermögen; zweitens mindern sich die Freibeträge um die in der 'Riester-Rente' angesparten Rücklagen; und drittens lehnt das Arbeitsamt jetzt die Arbeitslosenhilfe immer dann komplett ab, wenn der Arbeitslose auch nur einen einzigen Euro mehr Vermögen hat als es die Freibeträge erlauben (wir erinnern uns: Früher wurde die Zahlung von Arbeitslosenhilfe in diesem Fall nicht generell, sondern nur für einen bestimmten Zeitraum ausgesetzt, innerhalb dessen der über dem Freibetrag liegende Vermögensanteil verbraucht werden mußte). Ein kleiner Tip von Leistungsberater Goswin Brehe: "In der Verordnung steht nichts dazu drin, wie sparsam man mit seinem Vermögen umgehen muß. Noch nicht jedenfalls." Aha ...

Was ist anders seit dem 1. Januar 2002?

Beim Vermögen:

Der allgemeine Freibetrag ist deutlich erhöht. Grundsätzlich darf der Arbeitslose (der Ehe/Partner ebenso) bis 520,- Euro (1.000,- DM) pro vollendetem Lebensjahr besitzen, das Arbeitsamt zahlt dennoch Arbeitslosenhilfe. Bisher waren das 8.000 DM.

Besondere Freibeträge für Vermögen, die zunächst nicht zu verwerten sind, sind jetzt deutlich weniger: nur noch selbstbewohnter Wohnraum, Hausrat und Auto, jeweils in angemessener Größe. Weggefallen bzw. im allgemeinen Freibetrag aufgegangen sind Altersvorsorge, staatlich geförderte Vermögensbildung, Bausparen, Vermögen zum Kauf von Wohneigentum oder zur Gründung eines Hausstandes, Vermögen zur Berufsausbildung oder -ausübung oder zur Existenzgründung. Vermögen aus Abfindungen oder aus einmaligen Sozialleistungen. Für die private Vorsorge als Riester-Rente gilt eine unerhebliche Sonderregel. Sind die Vermögensgrenzen überschritten, gilt man wie in der Sozialhilfe als nicht bedürftig. Erst wenn man unter der Grenze liegt, zahlt

das Arbeitsamt. Die Umrechnung in Wochen ohne Arbeitslosenhilfe ist weggefallen.

Beim Einkommen:

In den Werbungskosten werden Fahrtkosten nun genauso akzeptiert wie beim Finanzamt.

Als Einkommen gelten auch die Zinsen, die dem Arbeitslosen aus seinem Vermögen zufließen. Dies gilt auch für den Teil des Vermögens, der bei der Bedürftigkeitsprüfung nicht berücksichtigt wird.

Versicherungsbeiträge werden nicht mehr in voller Höhe, sondern nur pauschal in Höhe von 3 Prozent vom Einkommen eines Arbeitnehmers akzeptiert.

Aufwendungen für Gesundheit oder die Ausbildung von Angehörigen werden nicht mehr als Sonderbelastungen mit dem Einkommen verrechnet.

avo

IHRE MEINUNG Thema: Sind Arbeitslose faul?

Kurz nachdem das Bundesverfassungsgericht verkündet hatte; daß die Zwangsmitgliedschaft von Unternehmen in den Industrie- und Handelskammern nicht gegen das Grundgesetz verstößt (dieses Urteil ist für die IHK's ja wie die Erlaubnis zum Gelddrucken), hielt der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, ein Herr namens Braun, eine wenig beachtete Rede, in der er in dasselbe Horn stieß wie Herr Hundt. Tenor: Arbeitslose würden still und satt im Sessel sitzen, statt sich um Arbeit zu bemühen.

Wie aber ist es einzuschätzen, wenn eine Institution, die per Gericht ihre Pfründe sichert und öffentlich beklagt, daß Arbeitslose sich nicht intensiv um eine Arbeitsaufnahme bemühen, am 16. Februar 2002 ein Stellenangebot veröffentlicht, in dem "ein/e Mitarbeiter/in mit kaufmännischer Ausbildung, guten Englischkenntnissen, perfektem Umgang mit dem PC, selbständigem Arbeiten, Teamfähigkeit, Flexibilität und Organisationsgeschick für die Erledigung von Korrespondenz in deutsch und englisch, die Vorbereitung von Meetings, die Besucherbetreuung, die Terminkoordination und sachbearbeitende Funktionen in der Außenwirtschaft sowie allgemeine Sekretariatsaufgaben für 3,5 Stunden am Nachmittag und auf zwei Jahre befristet"

Da wundert sich der Herr Präsident Braun, daß sich eine gewisse Resignation bei den Arbeitslosen ausbreitet? Was ist mit dem sozialen Gewissen dieser Institution, die - obwohl finanziell überversorgt und laut Bundesverfassungsgericht dem "Gemeinwohl verpflichtet" - für den beschriebenen Arbeitsplatz keine Vollzeitkraft sucht? Wo bleibt der Anstand der Zuständigen?

Wolfgang J. Leyer, Rheine

Globalisierung

Die Freie Arbeiter- und Arbeiterinnen Union (FAU) organisiert im April/Mai 2002 in Kooperation mit der Fachschaft Soziologie der Universität Münster, dem Infoladen Bankrott, dem Cinema und der Linse sowie dem Autonomen Frauenreferat des AStA der Universität Münster eine Veranstaltungsreihe zum Thema

Globalisierung in Münster.

Hier zwei der Termine:

Mittwoch, 17.04.2002, 20.00 Uhr

in der Baracke (Scharnhorststr.100, hintenrum!)

Globalisierung und Widerstand

Die FAU Münster referiert ihre Grundüberlegungen zum Thema anhand der von ihr herausgegebenen Broschüre. Worum handelt es sich bei der Globalisierung? Ist Widerstand nötig? Ist er möglich? Wie sollte er aussehen? Vortrag und Diskussion.

Mittwoch, 24.04.2002, 20.00 Uhr

in der Baracke (Scharnhorststr.100, hintenrum!)

Wohin rollt der Bus?

Otto Meyer, Sprecher der Initiative gegen die Privatisierung der Stadtwerke, berichtet über eben diese und den Zusammenhang mit dem Thema Globalisierung.



Presse- und Informationsamt

Tausend Fragen - zwei Adressen

Bürgerberatung im Stadthaus I

Wir sagen Ihnen, wo's langgeht

Wo finde ich was? Welche Stelle ist zuständig? Ansprechpartner? Öffnungszeiten?

Schwarz auf weiß zum Mitnehmen

Broschüren, Infoblätter, Programme, Veranstaltungskalender, Formulare, Stadtpläne

Wir sind für Sie da

Mo - Fr 9.30 - 18.00 Uhr; Sa 9.30 - 13.00 Uhr Telefon 492-1313

Stadt-Infos im publicom

www.muenster.de/stadt

Diese Internet-Adresse führt zu Informationen und Dienstleistungen der Stadtverwaltung

Zum Beispiel:

www.muenster.de/stadt/vhs

Komplettes Jahresprogramm der Volkshochschule, Kurse und andere Veranstaltungen suchen und online buchen, Termine, VHS aktuell

www.muenster.de/stadt/wohngeld

Neues Wohngeld-Gesetz mit Formularen zum Download

www.muenster.de/stadtbuecherei

mit Online-Katalog, Vormerkung, Verlängern und Zugriff auf über 300.000 Medien

www.muenster.de/stadt/archiv

Adresse für Leute mit Interesse an Stadtgeschichte, mit 2 Online-Ausstellungen

www.muenster.de/stadt/formulare

Vordrucke zum Download, teilweise zum online ausfüllen

Achtermannstr. 7 · 48143 Münster Tel. 51 11 21 · sperre@muenster.de · Fax 4 79 14

Allg. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 10.00-16.00

Termine:

Mo. WiedereinsteigerInnen-Treff 10.00 Uhr Treffen für Interessierte und freie MitarbeiterInnen 12.00 - 13.30 Stammtisch (2. Mo. monatl.)

20.00 - 22.00

Redaktionssitzung Di. 13.00 - 15.00 Frühstücksrunde (1. Di. monatl.) 10.00 - 12.00

Mi. Offener Frauentreff 14.30 - 16.00

Weitere Termine nach Vereinbarung

HöRSTURZ

Unser Radiotip

"W.A.S. - Wohnen, Arbeit, Soziales"

auf Radio Antenne Münster jeden 4. Donnerstag im Monat von 18.04 Uhr - 18.56 Uhr.

Wir suchen ehrenamtliche MitarbeiterInnen für

- Text
- Redaktion
- Fotografie
- Verteilung
- Zentrumsarbeit
- Anzeigenakquise

Meldet Euch bei: SPERRE

Münsters Monatsmagazin für **Arbeit und Soziales**

> Achtermannstr. 7 (gegenüber vom c.u.b.a.) 48 143 Münster

© 0251/511121



Sozialberatungen im cuba

Achtermannstr. 10-12 48143 Münster

Arbeitslosenberatung

Offene Beratung ohne Voranmeldung Mo. u. Do. 15.00-17.00 Uhr Di. u. Do. 09.00-12.00 Uhr

Tel. 51 19 29 u. nach Vereinbarung

sic - Sozialhilfeberatung im cuba

Di. bis Fr. 09.00-12.00 Uhr Tel. 5 88 56 15.00-17.00 Uhr

Beratung für Schwangere und Do. 9.00-12.00 Uhr Alleinerziehende u. nach Vereinbarung

Tel. 5 88 56

Sozialhilfesorgentelefon Mo. 15.00-17.00 Uhr Tel. 4 35 44

Projektberatung Beratung zu ABM und anderen nach Vereinbarung Beschäftigungsmaßnahmen Tel. 51 19 29

für Arbeitslose und Interessierte

Austausch von Ansichten, Anregungen, Auswegen -

Jeden 2. Montag im Monat ab 20 Uhr

Kontakt:

Arbeitslose brauchen Medien e.V. Achtermannstraße 7 48143 Münster Tel. 0251/51 11 21

NEU Treff für arbeitslose Frauen NEU Erfahrungsaustausch

Jeden Mittwoch 14.30 Uhr-16.00 Uhr

Kontakt:

bitte telefonisch anmelden Tel. 02 51/51 11 21

im SPERRE-Keller gegenüber vom cuba.

GRÜNDERWERKSTATT

Ideen schmieden - Pläne zuschneiden - das eigene Unternehmen aufbauen. Jeden Mittwoch, 16.30 Uhr bis 18.00 Uhr, im phönix - Gründungsnetzwerk, Hafenweg 15, Münster

Info-Telefon: 0251/60 95 90